

# asyl

1 • 2022

**aktuell**

Zeitschrift der  
asylkoordination  
österreich

## Krieg und Vertreibung



Ukraine –  
Leben in der Ungewissheit  
Frontex –  
Interview mit Bernd Kasperek  
Kreiskypreis –  
Laudation auf *asylkoordination*

# Inhalt

- 01 Editorial**
- 02 Es ist uns eine Ehre: Bruno Kreisky Preis für Verdienste um die Menschenrechte**  
*Laudatio von Nina Horaczek*
- 08 Menschen- und Völkerrechtsbruch in Griechenland**  
*Doro Blancke*
- 10 FRONTEX: Intransparent und unkontrolliert**  
*Interview mit Bernd Kasperek*
- 16 Von Kiew in die Karpaten – Begegnungen mit Binnen-flüchtlingen in der Westukraine**  
*Alexander Behr*
- 22 Menschenhandel in Zeiten des Krieges**  
*Isabella Chen*
- 27 Struktur zurückgeben**  
*Naomi Ossai*
- 31 Vielfältige Möglichkeiten und zahlreiche Hürden**  
*Monika Mokre*
- 35 Föderale Mangelverwaltung seit 2004**  
*Daniela Krois*
- 43 Kurzmeldungen**
- 46 Bücher**

# Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Der Sommer neigt sich dem Ende zu, mit dem Schulbeginn stellen sich auch in der Betreuung der geflüchteten ukrainischen Kinder neue Herausforderungen. Wir hoffen, dass im Ministerium und bei den Landesschuldirektionen in den Ferien die nötigen Vorbereitungen getroffen und genügend Kapazitäten geschaffen wurden, um allen vertriebenen Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen.

Wir berichten in der vorliegenden Ausgabe der *asyl aktuell* von verschiedenen Aspekten der Fluchtbewegungen in und aus der Ukraine. Alexander Behr reiste in eine Karpaten-Gemeinde, in der Binnenvertriebene aus den umkämpften Städten betreut werden, Naomi Ossai besuchte das ukrainische Bildungszentrum Wien, in dem vertriebene Schüler\*innen auf die ukrainische Matura vorbereitet wurden, Isabella Chen von LEFÖ schreibt über die Gefahren von Menschenhandel in Zeiten des Krieges und schließlich wirft Monika Mokre einen Blick auf die Situation von Menschen aus Ländern des globalen Südens, die vor dem Krieg in der Ukraine studiert haben.

Das heurige Jahr ist für uns ein Jahr des Rückblicks auf 31 Jahre Vereinsgeschichte. Ein Jubiläum, das wir im Mai gemeinsam mit vielen Wegbegleiter\*innen am Wiener Badeschiff gefeiert haben. Wenig später hat uns die Nachricht erreicht, dass der *asylkoordination* der Bruno Kreisky Preis für Verdienste um die Menschenrechte zuerkannt wurde. Die Laudatio von Nina Horaczek können sie am Beginn des Heftes nachlesen. Im Heftinneren werden Sie auch einige Bilder unseres 30+1 Festes finden.

Leider ist es uns in den 31 Jahren unseres Bestehens nicht gelungen, uns unnötig zu machen. Wie unerträglich die Verhältnisse an den Außengrenzen der EU nach wie vor sind, daran erinnert der Kommentar unserer Kollegin Doro Blanke. Ebenfalls um die Außengrenzen, insbesondere um die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX, geht es in dem Interview mit dem besten Kenner dieser – immer wieder zurecht – heftig kritisierten Einrichtung, Bernd Kasperek. Er hat heuer den von der Arbeiterkammer Wien und der Universität Bielefeld ausgelobten Antonio-Gramsci-Preis für kritische Migrationsforschung erhalten.

Ein Thema hat durch die Ukraine-Krise erstmals seit vielen Jahren wieder vermehrt öffentliche Aufmerksamkeit erhalten: die Grundversorgung für Schutzsuchende. Jahrelang verlief sich die von NGOs und Betroffenen geübte Kritik an dem unterfinanzierten und dysfunktionalen System in dem Labyrinth von unklaren Verantwortungen und Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern im Sand des staatlichen Getriebes. Jetzt scheint erstmals seit langem die Chance zu bestehen, hier etwas zu bewegen. Einen Einstieg in dieses wichtige Thema, das in den nächsten Monaten ein Schwerpunkt unserer Arbeit sein wird, liefert Daniela Krois.

Es wird ein arbeitsreicher Herbst, soviel steht fest. Wir hoffen, dass Sie unsere Arbeit weiter unterstützen, sei es durch eine Fördermitgliedschaft oder zusätzliche Spende.

*Herbert Langthaler*



# Es ist uns eine Ehre: Bruno Kreisky Preis für Verdienste um die Menschenrechte

**Dieser wichtigste Menschenrechtspreis wird seit 2007 für ganz besonderes Engagement und nachhaltige Verdienste zur Durchsetzung, Förderung und Weiterentwicklung der Menschenrechte verliehen. Falter-Redakteurin *Nina Horacek* hielt die Laudatio, wir veröffentlichen eine Langfassung ihrer Rede.**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Jury und vor allem auch: Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der *asylkoordination*, die alten wie die neuen: Es ist mir eine mindestens so große Freude wie Ehre, euch heute hier loben zu dürfen.

Die *asylkoordination* ist seit ihrer Gründung für die Menschen da, die auf ihrer Flucht in Österreich gelandet sind. Für deren Rechte kämpft sie – für das

Recht auf ein faires Asylverfahren, für das Recht auf eine menschenwürdige Unterbringung und Behandlung während des Asylverfahrens.

Dass dieses Engagement jetzt mit dem Bruno Kreisky-Preis für Menschenrechte ausgezeichnet wird, ist eine tolle Sache.

Auch mir haben die Expertinnen und Experten der *asylkoordination* viele, viele Male geholfen, die unzähligen Gesetzesno-

vellen, die es in meinen mehr als zwanzig Jahren als Journalistin gab, zu verstehen. Bei der *asylkoordination* konnte ich immer anrufen und sagen, „Du, erklär mir das bitte schnell.“

Und ja, es gab viele solche Anrufe von mir. Zu meiner Ehrenrettung muss ich aber auch sagen: Ich habe im Jahr 2000 als Journalistin zu arbeiten begonnen und seitdem wurden – zumindest gefühlt – fast jedes Jahr die Asylgesetze verschärft. Wenn die Politik den Menschen in Österreich über Jahrzehnte ständig suggeriert, man müsse die Asylgesetze verschärfen, dann braucht man sich am Ende nicht zu wundern, wieso so viele Menschen in Österreich sich vor Geflüchteten fürchten.

Gegen diese Diskriminierung anzukämpfen, und zwar mit einer fundierten Recherche- und Informationsarbeit, kombiniert mit Aktivismus – das ist ein wesentliches Element der Arbeit der *asylkoordination*.

Hier sind Menschen, die haben einen Auftrag, die stehen klar auf der Seite der Geflüchteten. Die sind parteiisch. Sie kritisieren aber nicht nur, sondern ihre Kritik hat auch eine wissenschaftlich und rechtlich fundierte Basis.

Das ist wohl Grund dafür, wieso so mancher und manche im Kabinett der diversen Innenminister der vergangenen Jahre beim Wort „*asylkoordination*“ nervös zuckte. Weil inhaltlich fundierte Kritik immer viel stärker weh tut.

Die *asylkoordination* kritisiert aber nicht nur. Sie deckt auch auf. Im Jahr 1998 erschien: *Die Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Österreich*, verfasst von Heinz Fronek. In dieser Studie zeigte die *asylkoordination* damals auf, wie minderjährige Flüchtlinge, speziell aus afrikanischen Ländern, in Österreich leben müssen: Zum Teil als Obdachlose, ohne

gesundheitliche Versorgung, damals noch zu Dutzenden heimlich von der Erzieherin Ute Bock wie Bettgeher in einem Matratzenlager untergebracht, damit sie nicht auf der Straße schlafen müssen.

„Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ ist übrigens ein derart hässlich-technokratischer Ausdruck für Kinder, die ganz alleine – ohne eine Mama oder einen Papa – vor den Bomben und dem Kugelhagel davonrennen müssen, dass ich froh bin, dass NGOs wie die *asylkoordination* sich dafür einsetzen, diesen Technokratenbegriff durch „Fluchtwaisen“ zu ersetzen. Denn genau das sind sie: Kinder und Jugendliche, die Krieg und Verfolgung zu Elternlosen in einem fremden Land gemacht haben.

Aber ich schweife ab: Damals, als kaum jemandem in Österreich bewusst war, unter welchen Bedingungen diese Jugendlichen hier leben müssen, machte die *asylkoordination* dieses Unrecht zum Thema. Und Unrecht benennen, das tut sie bis heute, etwa aktuell, wenn es um die schwierige Situation der nach Österreich geflüchteten Menschen aus der Ukraine geht.

Aufklärung war und ist ein wichtiger Teil der Arbeit, für den die *asylkoordination* heute ausgezeichnet wird. Schon in den 1990er Jahren fuhren die (damals noch sehr wenigen) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem Info-Bus auf „Miteinander leben“-Tour durch das Land.

Es war ein umgebauter Linienbus mit Wanderausstellung, Sitzecke und kleiner Bibliothek, der – gelenkt von einem rumänischen Asylwerber – an öffentlichen Orten, aber auch an Schulen über die Situation von Geflüchteten aufklären und Vorurteile abbauen sollte.

Genauso taten es spätere Projekte wie die *Schule ohne Rassismus* und auch *Trai-*

*nings gegen Stammtischparolen*, beides für mich seit vielen, vielen Jahren ganz eng verbunden mit Herbert Langthaler. Mit Anny Knapp zählen Herbert und einige andere zur Gründerinnen- und Gründergeneration der *asylkoordination*.

Machen wir vielleicht kurz einen gemeinsamen Abstecher in die späten 1980er Jahre. Damals kamen immer mehr Menschen aus fernerer Ländern nach Österreich, Kurdinnen zum Beispiel, aus der Türkei, aber auch Menschen, die im Widerstand gegen die damalige türkische Militärregierung waren. Ebenso Geflüchtete aus dem Irak oder Tamilen aus Sri Lanka.

In dieser Zeit änderte sich nach und nach die Stimmung in diesem Land gegenüber Menschen auf der Flucht. In Kärnten setzte ein gewisser Jörg Haider zum Aufstieg in die Bundespolitik an. Und es dauerte nicht lange, bis die Ausländerinnen

Es war eine richtige Fact Finding-Mission, die von diesen Pionierinnen und Pionieren der Asylbewegung veranstaltet wurde. Die *asylkoordination*, die damals noch gar nicht so hieß, aber personell schon im Entstehen war, leuchtete damit zum ersten Mal dunkle Flecken im österreichischen Rechtsstaat aus.

Diese Reise brachte engagierte Menschen aus unterschiedlichen Bundesländern zusammen. Darunter Organisationen wie Zebra, die bis heute ein enger Partner der *asylkoordination* ist, aber auch viele andere. Da war Gertrude Hennefeld, die damals den Flüchtlingsdienst der Diakonie aufbaute. Oder Markus Himmelbauer, der sich damals in der Pfarr-Caritas engagierte und dann der erste Angestellte der *asylkoordination* war. Und natürlich war damals bereits Michael Genner mit dabei, auch ein langjähriger Mitstreiter im Umfeld der *asylkoordination*, und ein – wie wir alle wissen – durchaus streitbarer.

Ein Jahr später, im September 1991, wurde die *asylkoordination* dann offiziell gegründet. Als eine Dachorganisation, die die verschiedenen Initiativen und auch die zahlreichen engagierten Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer im Asylbereich vernetzte. Als Pressure-Group, die Druck erzeugt, damit sich die Dinge zum Besseren verändern.

Die *asylkoordination* ist nämlich nie Frontalopposition, sondern hat immer einen Zug zur Veränderung, macht Vorschläge, wie es besser ginge.

Und wenn von der Politik nichts kommt, dann fängt sie eben selbst damit an.

Ich kann mich noch gut erinnern, wie ich im Oktober des Jahres 2000 zum ersten Mal in dem kleinen Büro in der Schottengasse stand, das sich die *asylkoordination* damals noch mit anderen Gruppen teilte.

## Die *asylkoordination* ist für die Menschen da, die auf ihrer Flucht in Österreich gelandet sind.

und Ausländer, die Migrantinnen und Migranten und natürlich auch die Menschen, die zu uns flohen, das Wahlkampfthema Nummer 1 waren. Und leider spielen seither auch andere politische Kräfte dieses schäbige Spiel mit.

Schon ganz früh, im Jahr 1988, machte sich damals eine kleine Gruppe auf den Weg, um nachzuschauen, wie es zugeht an den neuralgischen Punkten des österreichischen Asylwesens. Sie fuhren in die Lager Traiskirchen, Thalham, besuchten die Fremdenpolizei in Wien und Vorarlberg. Und sie fuhren auch zu den Grenzstellen in Spielfeld und an der Grenze zu Liechtenstein und zur Schubhaftstelle in Bludenz.



Ein Jahr später, im September 1991, wurde die asylkoordination dann offiziell gegründet.

Weil Kinderflüchtlinge zu wenig Unterstützung bekamen, startete die *asylkoordination* ein neues Projekt: *connecting people*. Patinnen und Paten für geflüchtete Jugendliche.

„Wie soll das funktionieren?“, dachte ich mir damals. Aber *connecting people* funktioniert bis heute und hat mittlerweile hunderten jungen Menschen geholfen, in Österreich anzukommen. Hat Geflüchtete zu Familienmitgliedern gemacht.

Mit diesem Artikel über *connecting people*, der damals im Falter erschien, lockte mich Heinz Fronck vor zwanzig Jahren in die Asylberichterstattung und ich bin ihm bis heute sehr dankbar dafür. Denn vieles Schlimmes, worüber ich in den vergangenen Jahrzehnten berichtete, wäre ohne die Arbeit der *asylkoordination* nie aufgedeckt worden.

Seien es die miserablen Bedingungen in den Flüchtlingsunterkünften, rechtswidrige Asylbescheide, das Vermessen von Jugendlichen inklusive des Zählens der Schamhaare zur Altersfeststellung oder auch zuletzt die illegalen Push-Backs an

Österreichs Grenzen. Davon wissen wir nur dank der *asylkoordination*.

Eine traurige Geschichte ist mir in all diesen Jahren ganz besonders in Erinnerung geblieben. Und die möchte ich Ihnen kurz erzählen.

Am 4. Juni 2010 hatte sich Reza Haidari im Polizeianhaltezentrum Hernalds am Wiener Gürtel am Fenster seiner Gefängniszelle erhängt. Reza war ein 16jähriger Bursche aus Afghanistan, der es ganz alleine bis nach Österreich geschafft hatte. Er hatte zuvor in Schweden um Asyl ange-sucht. Dort war er aber in einer Flüchtlingsunterkunft für Erwachsene untergebracht worden und von einem Mann vergewaltigt worden.

So etwas passiert, wenn der Staat Minderjährige auf der Flucht nicht schützt.

In seiner Einvernahme in Traiskirchen berichtete er dem Beamten von diesem Verbrechen. Und auch, wie sehr er sich davor fürchte, nach Schweden zurück geschickt zu werden.

Wörtlich sagte Reza: „Ich habe meine Ehre und mein Gesicht verloren, bevor

Die Menschen, die diese Arbeit machen, wollen das wirklich. Sonst wären sie schon längst weg.



noch mehr Schande über mich kommt, ist es besser, in die Heimat abgeschoben zu werden.“ Aber nicht einmal darauf ging der Asylbeamte ein. Stattdessen stempelte er „Schubhaft“ auf den Akt.

Der schwer traumatisierte Teenager landete im Polizeigefängnis.

## Hier sind Menschen die klar auf der Seite der Geflüchteten stehen.

Als die Polizisten Reza in der Nacht vom 4. Juni fanden, war er noch am Leben, aber nicht mehr ansprechbar. Die Rettung brachte ihn ins AKH, die Ärzte dort versuchten noch, sein Leben zu retten. Aber die Gehirnschäden waren zu groß. Wenige Wochen später, am 19. Juli, starb der Bub in einem niederösterreichischen Pflegeheim.

Das Innenministerium wollte den Fall damals unter den Tisch kehren. Es ist der *asylkoordination* zu verdanken, dass es gelang öffentlich zu machen, wie furchtbar die Republik Österreich mit diesem

jugen Menschen umgegangen war. So furchtbar, dass er nur mehr diesen einen Ausweg sah.

Auch dafür steht die *asylkoordination* und in dieser Funktion ist sie sich selbst immer sehr treu geblieben. Auch wenn es nicht immer einfach war. Denn, wie es ein früherer Mitarbeiter mir gegenüber formulierte, bei der *asylkoordination* zu arbeiten, das muss man sich leisten können. Von der Gründung bis heute gibt es hier einen Einheitslohn. Und der ist nicht hoch.

Das Gute daran: Die Menschen, die diese Arbeit machen, wollen das wirklich. Sonst wären sie schon längst weg. Denn hochqualifiziert sind sie alle. Von Lukas Gahleitner, der Sprecher der *asylkoordination* ist, abwärts. Er war zuvor in einer der angesehensten Rechtsanwaltskanzleien für Medienrecht als Jurist tätig, sowie bei Amnesty International.

Aber so viel Kompetenz – über Jahrzehnte in einem Büro versammelt – ist wohl auch ein Indiz dafür, dass ihnen die Arbeit Freude macht.

Schließlich kann man hier etwas erleben. Denn der Aktivismus kam bei der *asylkoordination* von Anfang an nicht zu kurz.

Im Jahr 1990, da marschierten wieder Soldaten an Österreichs Grenze zum Osten auf. Und was tat die *asylkoordination*? Sie lud zu einem „Grenzspaziergang“ ein. Was der burgenländischen Polizei gar nicht gefiel.

Die Aktivistinnen und Aktivisten der *asylkoordination* wurden in einen Bus gesetzt, der stellvertretende Bezirkshauptmann von Neusiedl sprach ein Betretungsverbot für das Burgenland aus und die Polizei eskortierte den Bus bis zur Wiener Landesgrenze.

Natürlich bekämpfte die *asylkoordination* dieses Vorgehen der Polizei bis zum Höchstgericht. Das Ergebnis: dass sie in den Bus gesetzt worden waren, war rechtens, die Polizeieskorte nach Wien jedoch nicht. Immerhin! Wer – außer den Leuten von der *asylkoordination* – kann schon erzählen, vom Burgenland nach Wien abgeschoben worden zu sein?

Besonders finanziell waren diese dreißig Jahre nicht immer einfach. Denn im Gegensatz zu anderen NGOs hat die *asylkoordination* keine traurigen Kinderaugen, die sie auf Plakate knallen kann. So wichtig ihre Arbeit ist: die Vernetzung, die Kampagnen, die Recherche- und Aufklärungsarbeit, so schwierig ist es oft, dafür die ausreichenden Spenden zu bekommen.

Und leider waren es zuletzt immer öfter finanzielle Zuwendungen an der Stelle von Kranzspenden. Weil wenn man als Organisation älter wird, dann verabschieden sich eben auch immer mehr Freundinnen und Freunde. Der Jurist und Grünen-Politiker Sepp Brugger aus Tirol, verstorben vergangenen April, war so ein Freund.



Wahrscheinlich wäre heute sogar der Willi Resetarits hier, wenn er es noch könnte. Auch er zählte zu den Freunden der ersten Stunde der *asylkoordination*.

Und wenn ich jetzt abschließend noch ganz kurz zurückschaue: Löschnak, Einem, Schlögl, Strasser, Platter, Prokop, Fekter, Mikl-Leitner, Sobotka, Kickl, Peschorn, Nehammer – es ist schon eine ziemliche Ahnengalerie, die ihr überlebt habt. Darauf könnt ihr stolz sein.

Liebe Menschen von der *asylkoordination*, ich verneige mich vor Eurer Arbeit und wünsche gutes Feiern!

Löschnak, Einem, Schlögl, Strasser, Platter, Prokop, Fekter, Mikl-Leitner, Sobotka, Kickl, Peschorn, Nehammer – es ist schon eine ziemliche Ahnengalerie, die ihr überlebt habt. Darauf könnt ihr stolz sein.

# Menschen- und Völkerrechtsbruch in Griechenland

*Von Doro Blancke*

**A**ngesichts unserer täglichen Arbeit in Griechenland, speziell auf Lesbos, ist es uns ein dringendes Anliegen über die Völkerrechts- und massiven Menschenrechtsverletzungen zu sprechen. Die visionslose und grausame Abschreckungspolitik der EU nimmt vor Ort Dimensionen an, die kaum mehr zu ertragen sind. Die Türkei – das ist wichtig zu wissen – ist längst kein sicheres Drittland für Geflüchtete. Menschen auf der Flucht werden dort verhaftet, werden ausgebeutet. Auch die polizeiliche Gewalt gegen Geflüchtete nimmt massiv zu, Abschiebungen nach Afghanistan gehören mittlerweile zum Alltag.

Des Nachts versuchen kleinere Gruppen von Geflüchteten in meist desolaten Booten, die so nah erscheinenden griechischen Inseln, die EU zu erreichen. Etliche von ihnen werden bereits am Meer von der griechischen Küstenwache abgefangen, indem die Küstenwache die Boote umkreist und so große Wasserbewegungen auslöst. Die Menschen weinen und schreien, bangen um ihr Leben. Derart zurückgedrängt in die türkischen Gewässer, wird die türkische Küstenwache informiert, um die Leute abzuholen. Manche wandern danach in türkische Gefängnisse. Sexuelle Übergriffe, Folter und andere Grausamkeiten sind keine Seltenheit. Wer die Insel erreicht, versteckt sich sofort im unwegsamen Gelände, klettert (mit Kindern) an den gefährlichen Wegen der Steilküste hoch, um sich dann in praller Hitze vor den Behörden zu verstecken. Die

Angst, gefunden und in die Türkei zurück gebracht zu werden, ist groß. Dies führt zu unfassbar traurigen Ereignissen. So verstarb vor einigen Tagen auf der Insel Chios eine flüchtende Frau unter Büschen. Kein Wasser, keine Nahrung, die enorme physische und psychische Belastung ließen sie ohne med. Versorgung ins Koma fallen. Sie wurde nur noch tot aufgefunden.

Wenn europäische Innenminister\*innen – zurzeit beinahe täglich – Schlepper für das Unglück von Menschen auf der Flucht verantwortlich machen, dann muss man\* aussprechen, dass es der europäische Grenzschutz ist, der tötet, und Europa diese massiven Menschenrechtsverletzungen zu verantworten hat. Es gibt keine legalen Fluchtwege, kein Botschaftsasyl, keine Resettlement-Programme, usw. Die Europäische Union ist es, die diese Todespolitik vorantreibt – eine Menschenjagd, legitimiert durch die europäischen Behörden.

Wenn die Behörden auf Lesbos und allen anderen griechischen Inseln erfahren, dass es Neuankömmlinge gibt, werden Suchtrupps ausgesandt: Beamte in Sturmhauben, bewaffnet, unterwegs in Autos ohne Kennzeichen, deren Perversion bereits so weit gewachsen ist, dass sie jedes Empfinden für Recht und Unrecht verloren haben. Werden die Schutzsuchenden dann von diesen Schlägertrupps gefunden, werden sie in Busse/Vans verfrachtet. Man sagt ihnen zuweilen, man bringe sie jetzt zu einer Registrierungsstelle. Das entspricht selten der Wahrheit, denn man

transportiert sie an geheime Orte und schließt sie in Containern ein. Familien, Frauen, Männer, Kinder, Alleinreisende. Ohne Wasser, ohne Nahrung. Immer öfter passiert es, dass sich Menschen, egal ob Mann oder Frau, entkleiden müssen. Sie werden all ihrer persönlichen Sachen beraubt, Schmuck, Geld, Mobiltelefone, Dokumente, usw. Auch sexuelle Übergriffe und Körperverletzungen durch Prügel finden statt. Würde man\* diese Verbrechen nach europäischem Recht beim Namen nennen, würden wir von Kidnapping, Raub, sexuellen Übergriffen, Missbrauch, schwerer Körperverletzung sprechen. All das widerfährt Menschen, die von den griechischen Behörden gefunden und nachts einem Push-Back, einer illegalen Rückführung in die Türkei ausgeliefert werden. In der Morgendämmerung holen sie die Geflüchteten aus den Containern und verfrachten sie auf sogenannte Rettungsinseln – kleine Plastikkörbe, die auch nur einmal benutzt werden können. Darauf werden sie aufs offene Meer, zurück in türkische Gewässer gebracht.

Wie viele Menschen werden widerrechtlich zurückgeschoben und misshandelt? Diese Frage ist dringend zu klären. Jeder Push-Back stellt ein massives Verbrechen dar.

Wenn NGOs auf Lesbos die Meldung von Neuankömmlingen erhalten, gibt es einige wenige, die versuchen, sie zu finden, um sofort den offiziellen Prozess der Registrierung einzuleiten. Dies ist auch für die

Aktivist\*innen nicht ungefährlich. Die griechischen Behörden versuchen, sie zu kriminalisieren oder sogar wegen Schlepperei anzuklagen. Es wurden Helfer\*innen verhaftet, weil sie Neugelandeten bei 36 Grad im Schatten Wasser und Verpflegung brachten.

Trotz schöner Worte einzelner Politiker\*innen und der Androhungen von Verfahren gegen Griechenland, sehen alle anderen bewusst hin und sind dankbar, dass man sich nicht weiter mit dem Thema auseinandersetzen muss, wenn Griechenland die schmutzige und unrechte Arbeit erledigt. Einige Innenminister\*innen der EU-Mitgliedstaaten – allen voran Innenminister Karner – sind sich einig: „Wir brauchen noch robusteren Außengrenzschutz“. „Koste es was es wolle“, sagt man nicht dazu. Man unterstützt diese Verbrechen v.a. durch bekräftigendes Schweigen oder durch Finanzierungen in Millionenhöhe.

Wir fordern die Europäische Kommission, die Kommissarin für Menschenrechte und die Mitglieder des Europäischen Parlaments dazu auf, diese Verbrechen – mit denen sie auf Europa eine schwere Schuld laden – sofort zu stoppen. Was an den Europäischen Außengrenzen passiert, ist mit nichts zu rechtfertigen und gehört sofort beendet. Wir bitten auch alle Kolleg\*innen aus NGOs und der Zivilgesellschaft, keinen Augenblick lang diese Verrohung zu akzeptieren!

Wer unsere Arbeit in Österreich und in Griechenland für Menschen auf der Flucht unterstützen möchte, dem danken wir sehr herzlich.



www.doroblancke.at  
Flüchtlingshilfe/  
refugee assistance-  
doro blancke AT93  
3842 0000 0002 7516



## FRONTEX: Intransparent und unkontrolliert

**Der Kulturanthropologe Bernd Kasperek ist der diesjährige Gewinner des Antonio-Gramsci-Preises für kritische Migrationsforschung. Den von der Arbeiterkammer Wien und der Universität Bielefeld ausgelobten Preis erhielt der Forscher und Aktivist für sein Buch *Europa als Grenze*. Eine Ethnographie der Grenzschutz-Agentur Frontex.**



Bernd Kasperek:  
Europa als Grenze.  
Eine Ethnographie der  
Grenzschutz-Agentur  
Frontex. 2022  
Bielefeld, transcript  
Verlag. 380 Seiten,  
€ 38,- (€ 37,99 E-Book)

**asyl aktuell:** Was genau macht die *ethnographische* Herangehensweise zur Thematik aus, im Gegensatz zu beispielsweise einer politikwissenschaftlichen?

**Bernd Kasperek:** Ein großer Teil der bisherigen Forschung in diesem Kontext wurde vor juristischem oder politikwissenschaftlichem Hintergrund durchgeführt, was natürlich wichtige Perspektiven sind. Mir war es jedoch ein Anliegen, die konkrete Praxis von FRONTEX direkt vor Ort zu verfolgen und mitzuerleben, da diese oft von offiziell definierten Strukturen und Aufgabenbereichen abweicht. Dies macht für mich den ethnographischen Zugang aus.

Natürlich ist es schwierig, sich einer Agentur wie FRONTEX ethnographisch zu nähern. Als Grenzschutzbehörde hat sie ihren Ursprung im polizeilichen und militärischen Milieu, was sie schwer zugänglich macht. Es geht weniger darum, über längere Zeiträume vor Ort zu sein und zu beobachten, sondern mehr darum, durch regelmäßige Anwesenheit einen Überblick über die Tätigkeiten zu bekommen oder sich auf andere Weise ihrer Praxis anzunähern.

**aa:** Das heißt also, das klassische teilnehmende Beobachten funktioniert hier nicht.



Dennoch warst du oft vor Ort, welche Eindrücke hast du dabei gewonnen?

**BK:** Zunächst ist wichtig zu wissen, dass FRONTEX nach außen hin mit dem Image des Expertentums auftritt, dessen Aufgabe es ist, Grenzschutz in der EU zu modernisieren und zu professionalisieren. In der Praxis sind FRONTEX-Angestellte jedoch oftmals den ganzen Tag mit Aufgaben wie Fingerabdrücke abnehmen beschäftigt, was mit Expertise nicht mehr viel zu tun hat.

Erstankunftsländer wurden oftmals kritisiert, den Anspruch der Kommission - einen hohen Grad an Identitätserfassungen - nicht zu erfüllen. Daraus folgend wurden eigens ausgewählte Beamt\*innen im Auftrag der Kommission an der Grenze stationiert, die das sicherstellen sollten. Dies hat nicht viel mit Modernisierung von Grenzen zu tun. Auch interessant war es, zu erfahren, dass FRONTEX 2009 vor Ort an den Grenzen noch überhaupt nicht integriert war, was sich u.a. daran festmachen lässt, dass es keine fixen Büros gab.

**aa:** Wenn man sich die *Genealogie* von FRONTEX ansieht, hat sich diese Agentur nicht entlang von klaren Linien entwickelt, sondern im Zuge von Konflikten. Was wären

zentrale Konflikte, welche die Entwicklung von FRONTEX geprägt haben?

**BK:** Um ein wenig auszuholen: schon in den 1970er Jahren gab es in der Kommission einen Diskurs über die Abschaffung von Binnengrenzen in der EU, die als teilend und freiheitseinschränkend betrachtet wurden. Nun wurden zwar nicht die Grenzen, aber zumindest die Grenzkontrollen abgeschafft, doch dies geschah nicht nur aus Motivationen der Freiheit heraus. Dafür wurde einerseits die Kontrolle an den Außengrenzen verstärkt, und andererseits auch das Schengener Informationssystem als internationales polizeiliches Kontrollpotential. Dieses Modell hat sich letztendlich durchgesetzt und damit Anfang der 2000er-Jahre die europäische Migrations- und Grenzpolitik stark geprägt. Anfangs war jedoch noch nicht definiert, was genau europäischer Grenzschutz bedeuten soll. Zwischen dem Rat der Innenminister und der Kommission entstand eine Auseinandersetzung, welche Institution zuständig sei. Auf Vorschlag der Kommission wurde daraufhin eine eigenständige Europäische Agentur für den Grenzschutz gegründet, welche die Kooperation zwischen den nationalen



Grenzschutzbehörden in der EU sicherstellen sollte.

**aa:** Im Vergleich zu anderen Agenturen ist FRONTEX relativ mächtig und selbstständig. Außerdem steht sie, meines Erachtens nach, zunehmend weniger unter der Kontrolle des Parlaments. Hierdurch nimmt die Transparenz ihrer Arbeit ab. Stimmt dieser Eindruck der Abnahme der Transparenz und Zunahme der Selbstständigkeit?

## FRONTEX ist die erste uniformierte europäische Polizeieinheit.

**BK:** Ja und Nein. Die Agentur agiert auf jeden Fall sehr intransparent und auch relativ unkontrolliert. Dies war im Modell der Agentur jedoch von Anfang an angelegt. Die Kommission selbst ist ja keine Regierung, sie hat sich von Anfang an auf ein Modell der Expertise und Technokratie geeinigt. Dieses Modell zieht sich nahtlos in Agenturen wie FRONTEX fort. Aufgrund dieser Organisation der technischen Expertise wird die Abschottung von politischer Einflussnahme gerechtfertigt. Die Entscheidungen sollen rein aufgrund wis-

senschaftlicher Expertise und ohne politische Einflussnahme erfolgen. Nun ist FRONTEX aber keine wissenschaftliche Agentur, sondern eine Exekutivagentur, die erste uniformierte europäische Polizeieinheit. Dort zu sagen, sie soll autonom und ohne jegliche politische Einflussnahme agieren, ist verheerend. Wir haben bereits gesehen, ohne Kontrolle verstößt FRONTEX systematisch gegen Grund- und Menschenrechte und beteiligt sich damit an Straftaten.

**aa:** Generell zu den Entwicklungen europäischer Agenturen: Neben FRONTEX gab es auch EASO, eine Expertenagentur für Asylverfahren. Auch hier gab es Umorganisationen und eine Ablösung durch eine neue Agentur. Wie würdest du dies miteinander ins Verhältnis setzen?

**BK:** Richtig, aus EASO ist Anfang des Jahres die *Unionsagentur für Asyl* hervorgegangen, was eine Stärkung darstellt. Die ursprünglichen Aufgaben von EASO waren vordergründig das Sammeln von wissenschaftlichen Erkenntnissen, festzustellen, wie die Asylanerkennungspraxis in den einzelnen Mitgliedsstaaten aussieht und wie man diese dabei unterstützen kann.

Die Praxis von EASO hatte aber insbesondere an Hotspots wie Griechenland oder Italien nachgewiesener Weise auch schon problematische Ergebnisse. Es wurden Asylentscheidungen von EASO vorweggenommen, obwohl diese eigentlich dem Mitgliedsstaat unterstehen. Auch hierfür gab es keine Kontrolle. Sowohl EASO als auch FRONTEX verwischen also ihre Kompetenz- und Aufsichtsmechanismen. Bei beiden Agenturen sieht man, dass ihre Autonomie dazu führt, dass sich die Spitze der Agenturen nicht gesetzeskonform verhält: Sowohl der Exekutivdirektor von EASO, als auch jener von FRONTEX traten unabhängig voneinander nach Ermittlungen der europäischen Anti-Korruptions-Agentur OLAF zurück.

**aa:** Interessant ist ja auch, welche Interessen dahinter stehen. Insbesondere in Österreich sind Fluchtbewegungen jahrelang schon ein politisch bestimmendes Thema. Welchen Interessen kommt die Arbeit von FRONTEX zugute?

**BK:** Als man FRONTEX gegründet hat, kam von der Kommission auch ein zweiter Vorschlag: Die Errichtung einer Grenzschutzpolizei. Daraufhin gab es vonseiten der Mitgliedsstaaten jedoch einen Aufschrei, die eigene Souveränität dürfe nicht angetastet werden. De facto haben wir mit FRONTEX nun aber eine europäische Grenzschutzpolizei, also was ist seitdem passiert? Zunächst kam es zu größerem Misstrauen zwischen den Mitgliedsstaaten, unter anderem in der Migrationspolitik. Beispielsweise gab es gegenüber den südlichen Staaten das Misstrauen, sie würden die Daten der Einreisenden oftmals nicht festhalten. Dadurch wurde eine übergreifende Kontrollinstanz immer mehr als vertrauenswürdiger Methode wahrgenommen.

Wenn man sich die Entwicklung der Agentur nochmals anhand der gesetzlichen Verordnungen ansieht, war darin lange Zeit die Handschrift der Kommission sichtbar. Diese hat dafür argumentiert, durch Technologie und Professionalisierung könnte man ein modernes Grenzverwaltungssystem aufbauen, womit man die Migration an der europäischen Grenze unter Kontrolle bringen kann. Die neuen Aufstockungen der FRONTEX wurden jedoch nicht mehr von der Kommission, sondern von den Mitgliedsstaaten vorangetrieben. Die Kommission hatte einen solchen massiven Budgetzuwachs gar nicht vorgesehen.

**aa:** FRONTEX führt u.a. Risikoanalysen in Bezug auf „Migration als Quelle von Bedrohung“ durch. Europa als Kontinent braucht jedoch dringend Migration, was sich auch in Maßnahmen und Diskursen mancher Mitgliedsstaaten zeigt. In Spanien beispielsweise wurde der Aufenthalt von volljährig gewordenen Geflüchteten verlängert. Mich interessiert nun konkret, wer hier welche Interessen vertritt?

**BK:** Durch die Entwicklung der Migrationspolitik der EU hat sich ein ganz bestimmtes Bild von Migration auf europäischer Ebene durchgesetzt. Die Polizei versteht die Grenzüberschreitung im Zuge der Migration immer als Regelverstoß, als kriminelle Handlung. Deswegen kann die europäische Migrationspolitik kaum anders, als Migration als Bedrohung zu betrachten. Eine zweite Variante, auf Migration zu blicken, ist die neoliberale Perspektive der Kommission. Hierbei wird Migration aus demographischer und arbeitsmarkttechnischer Sicht betrachtet. Doch die Kommission hat auch verstanden, dass man zuerst irreguläre Migration eindämmen muss, bevor man mit einem Arbeitsmigrationskonzept an die Mitgliedsstaaten herantreten

kann. Diese Gemengelage von Migration als Bedrohung und Migration als Arbeitskraft-reservoir hat zu einer komplett verzerrten Wahrnehmung von Migration auf europäischer Ebene geführt, was sich in diese Politiken übersetzt. Diese verzerrten Wahrnehmungen sind von rechten Parteien leicht aktualisierbar, da sie in bereits bestehende

kunft von Menschen. Daher bin ich der Meinung, dass diese gesamte Politik und die ganze Etablierung von FRONTEX nicht zu denken ist ohne Migration und ohne die sich wandelnden Taktiken und Strategien. Es ist nur schwierig, das klar zu zeigen, da diese Kämpfe oftmals nicht dokumentiert sind. Sie finden an den Grenzen statt, ohne Beobachtung, und werden oft strategisch bewusst nicht dokumentiert. Das kann man auch nachzeichnen, wie die Entwicklung der Migration die europäische Politik treibt und neue Lösungsansätze zu neuen Problematismen gefunden werden.

## Dublin ist eine immense Bürokratie mit den tausenden Beschäftigten.

rechte Interpretationsmuster und Diskurse leicht hineinpassen. Das Problem ist, dass von linker Seite versäumt wurde, eine andere Erzählung dazu aufzubauen, die sich nicht lediglich auf den humanitären Aspekt konzentriert, sondern auch die grundsätzliche, demokratische Bedeutung von Migration für die Gesellschaften in Europa herausarbeitet.

**aa:** Nun noch eine Frage zum Regimeansatz, der ein umfassender Ansatz ist, in dem alle Beteiligten und Akteur\*innen untersucht und beachtet werden. Welche Rolle spielen hier Geflüchtete und Migrant\*innen? Kann man\* feststellen, ob die Flucht- und Migrationsbewegungen der letzten Jahre FRONTEX mitgeprägt haben?

**BK:** Ich würde nicht nur sagen mitgeprägt, sondern zentral geprägt. Das Schlimme an Migrationspolitik ist, dass sie immer reaktiv ist: Man findet ein Problem und versucht dann, dieses zu beheben. Migrationsrecht ändert sich ständig, weil es immer auf Entwicklungen reagiert. Darin liegt aber keine Vision, kein Entwurf von Zukunft. Man hangelt sich nur von einem Moment, das man als krisenhaft feststellt, zum nächsten – beispielsweise die vermehrte An-

**aa:** Das Dublin-Übereinkommen, ein extrem disfunktionales System, ist im Rahmen der *Temporary Protection*-Richtlinie für Geflüchtete aus der Ukraine nicht vorgesehen. Denkst du, dass Dublin nach dieser Erfahrung nichtmehr haltbar sein wird?

**BK:** Ich hoffe wirklich sehr, doch ich befürchte, dass es nicht so sein wird. Es wird genau unsere Aufgabe sein, auf dessen Mängel zu verweisen. Dublin ist eine immense Bürokratie mit den tausenden Beschäftigten in Dublin-Units und angegliederten Einheiten und der mobilisierten Polizei. Es gibt zwar, wenn man sich die Zahlen ansieht, nicht viele tatsächliche Dublin-Rückgeführte. Doch es ist ein System, welches viele weitere, zehntausende Leute terrorisiert, weil es immer die Bedrohung einer Dublin-Abschiebung suggeriert.

Ich würde wirklich sehr hoffen, dass man nach dieser Erfahrung mit dem temporären Schutzstatus sagt, dass es vielleicht einfacher wäre, den Menschen, die in Europa ankommen, ein Stück weit Autonomie zuzugestehen. Man muss auch dafür sorgen, dass diese Menschen ankommen können, doch das ist eine andere Fragestellung. Will man die Leute verwalten oder herausfinden, was man als Gesellschaft tun

interview

kann, damit die Ankommenden Teil der Gesellschaft werden können? Hier ist wieder die Frage – polizeilicher Blick oder sozialer Blick? Deswegen finde ich es auch sehr spannend, dass man jetzt in Bezug auf ukrainische Geflüchtete etwas anderes macht. Es ist gut, dass wir jetzt einen Gegenbeweis haben, dass es wirklich nicht nötig ist, die Leute so zu drangsalieren.

**aa:** Es hat ja lange gedauert bis sich etwas getan hat und Leggeri zurückgetreten ist. Dass es Push Backs und enorme Menschenrechtsverletzungen gab, war jahrelang bekannt und journalistisch dokumentiert, wurde jedoch versucht zu verdecken. Nun war das aber nicht mehr möglich. Wird sich dadurch etwas ändern, oder welche Bedeutung hat das deiner Meinung nach?

**BK:** Ich würde immer noch sagen, dass es ein strukturelles Problem gibt. Dass es in Europa das Interesse gibt, Grenzkontrollen dazu einzusetzen, weniger Schutzsuchende nach Europa einreisen zu lassen. Die Kommission sagt zwar, dass dies mit den Menschenrechten vereinbar ist, doch ich bin nicht dieser Meinung. Ich denke, dass es hier eine fundamentale Spannung gibt: Man bekennt sich entweder zur Aufnahme von Schutzsuchenden an den Außengrenzen, so wie es die Genfer Flüchtlingskonvention auch vorschreibt, dann braucht man aber diesen Grenzschutz nicht. Dieser kann dann Aufgaben der Überwachung und Grenzkontrolle durchführen; aber es müsste klar sein, dass wenn eine Person ankommt und Schutzbedürftigkeit besteht, sofort eine Überstellung ins Asylsystem stattfinden muss. In diese Richtung gibt es aber momentan kein Interesse, auch das neue Migrations- und Asylpaket der Kommission aus dem Jahr 2020 hat auch keine Vorschläge in diese Richtung gemacht, stattdessen ging es nur um eine Verschärfung der be-

stehenden Systeme. Solange man keinen Paradigmenwechsel einschlägt, den ich momentan nicht kommen sehe, wird der Status quo bestehen bleiben.

Es wird sich in den nächsten Wochen herauskristallisieren, ob es zu Veränderungen kommen wird. Wenn es grundsätzlich eine Einsicht aus diesem Rücktritt geben wird, wäre es wohl die, dass sich die Agentur sofort von der griechischen Grenze zurückziehen muss. Dort ist es ganz klar dokumentiert, dass es zu illegalen Push Backs kommt. Hier müsste eigentlich der Artikel 46 der FRONTEX-Verordnung, dass der Exekutivdirektor den Einsatz sofort beenden kann, greifen. Dass bisher immer noch nichts passiert ist, ist ein schlechtes Zeichen. Leggeri war zwar eine Einzelper-

## Die Agentur muss sich sofort von der griechischen Grenze zurückziehen.

son, die den Menschenrechten keinerlei Beachtung geschenkt hat, doch generell findet sich dieses Problem auch strukturell in der Agentur. Sie hat ihre Sichtweise auf Migration von der Polizei übernommen und versteht sich selbst auch als Polizei, und dies wird meiner Einschätzung nach leider auch weiterhin so bleiben.



## Von Kiew in die Karpaten – Begegnungen mit Binnen- flüchtlingen in der Westukraine

**Am 24. Februar 2022 kehrte der Krieg zurück nach Europa. Was in den vorangegangenen beiden Jahrzehnten kaum denkbar war, wurde von einem Tag zum anderen schreckliche Realität. Seither steht der Begriff der Solidarität ein Mal mehr auf dem Prüfstand. Von Alexander Behr**

**B**edeutet Solidarität angesichts des Angriffs der russischen Armee auf die Ukraine, für die Lieferung von Waffen an die ukrainischen Streitkräfte einzutreten?

Oder geht es darum, sowohl in Russland als auch in der Ukraine Initiativen zu

unterstützen, die ihre Stimme gegen Militarisierung, patriarchale Gewalt und nationalistischen Hass erheben?

Um diese und viele weitere Fragen zu vertiefen und um zu verstehen, welche solidarische Praxis sinnvoll wäre, reiste ich einen Monat nach Ausbruch des Krieges nach Transkarpatien, also in den Westen der Ukraine. Ich schloss mich einem Hilfstransport an, der von der Schweiz aus kommend eine Nacht in unserem Gemeinschaftsprojekt Mühle Nikitsch Halt machte. Seit Kriegsbeginn erwies sich die geographische Lage unseres Projekts als äußerst hilfreich, sowohl für Solidaritätsfahrten in die Ukraine als auch für Evakuierungen in Richtung Westen. Unsere Infrastruktur wird nun regelmäßig für derartige Aktivi-

täten genutzt. Und selbst wenn der Krieg morgen zu Ende ginge – was zum Zeitpunkt der Abgabe dieses Textes keineswegs in greifbarer Nähe ist – so wird die Route über Österreich nach Ungarn und in die Ukraine wahrscheinlich noch für lange Zeit wichtig bleiben: Denn weite Teile des Landes sind zerstört, Solidaritätsarbeit wird viele weitere Jahre notwendig sein.

### **Intern Vertriebene in Transkarpatien**

Der Oblast Transkarpatien grenzt im Osten an die Slowakei, im Norden an Polen und im Süden an Ungarn und Rumänien. Das wunderschöne hügelige und besonders waldreiche Gebiet wurde nach Kriegsbeginn schnell zu einem Umschlagplatz für humanitäre Hilfe aus dem Ausland. In der Region laufen auch eine Vielzahl von Initiativen zur Evakuierung und Beherbergung von Binnenflüchtenden aus den Kriegsgebieten zusammen. Nach offiziellen Angaben kamen in den ersten Kriegswochen etwa 200.000 Menschen in das Gebiet, das etwas kleiner als Schleswig-Holstein ist und rund 1,2 Millionen Einwohner\*innen zählt. Schätzungen zufolge sind es allerdings viel mehr – in der Region sprach man im März 2022 von mehr als 500.000 Geflüchteten – also fast die Hälfte der Wohnbevölkerung in Friedenszeiten. Denn nicht alle Menschen können ins Ausland flüchten: Seit Kriegsbeginn ist es Männern mit ukrainischem Pass im wehrfähigen Alter untersagt, die Ukraine zu verlassen – sie müssen sich zum Militär melden.

Zum Zeitpunkt meiner Reise ist der Schock nach dem Angriff der russischen Streitkräfte noch unmittelbar präsent. Die vielen Stunden der Fahrt in einem mit Hilfsgütern vollbepackten Mercedes Sprinter verbringe ich mit langen Gesprächen mit Iris, einer in Transkarpatien lebenden Aktivistin. Iris' Mutter kommt aus der Uk-

raine, ihr Vater aus Frankreich, sie selbst verfügt über eine profunde Kenntnis der sozialen Bewegungen in Ost- wie in Westeuropa.

Nach vielen Stunden des Wartens passieren wir am späten Abend die slowakisch-ukrainische Grenze und erreichen die

## Die meisten Kinder aus diesen Regionen kennen gar keinen Frieden.

Provinzhauptstadt Ushgorod. Dort ist seit vielen Jahren die Organisation *Camz* aktiv, auf deutsch *Komitee zur medizinischen Hilfe in Transkarpatien*. Neben der Verteilung von Hilfsgütern und der Unterbringung von Geflüchteten bemühen sich die Aktivist\*innen, rasch die Evakuierung von möglichst vielen Menschen aus den Kriegsgebieten zu organisieren. Lesja Levko, eine der unermüdlichen Mitarbeiter\*innen von *Camz* berichtet unverblümt: „Es gibt nicht viele Menschen aus dem Westen, die in die Ukraine hineinfahren wollen – deshalb mangelt es an Vielem – natürlich vor allem im Zentrum der Ukraine sowie im Osten und Süden, wo aktive Kämpfe laufen.“ Allein im März 2022 hat *Camz* mehr als 50 Lastwägen mit verschiedenen humanitären Waren empfangen und verteilt – gespendet unter anderem von einem Bezirk der Stadt Paris und einer Gemeinde in Bayern.

Die Anwesenheit der westeuropäischen Freiwilligen bringt auch skurrile Situationen mit sich: Bei der Abfahrt aus Ushgorod lenkt ein junger Franzose unseren Hilfstransporter. Der VW Bus ist zwar nicht neu, aber in solidem Zustand. Es wird Nacht, wir fahren in Richtung der Stadt Mukatschewo. Den mitunter katastro-

phalen Zustand der ukrainischen Überlandstraßen ignorierend fährt uns unser wohlmeinender Genosse, kaum haben wir die Lichter der Stadt hinter uns gelassen, in ein riesiges Schlagloch. Wir bleiben unverletzt, doch die Vorderachse ist beschädigt; wir haben keine andere Wahl als am Straßenrand Halt zu machen. Pannendienste sind nicht zu erreichen, unsere Destination ist noch zwei Stunden entfernt. Erst als nach etwa zwanzig Minuten eine hilfsbereite Ukrainerin in Business-Anzug anhält und uns ihr Pannwerkzeug leiht,

dem Ort Schtschastja im Oblast Luhansk, der von besonders schlimmen Kämpfen betroffen ist.

Die russischsprachige Betreuerin und Lehrerin, die als einzige Erwachsene mit den elf Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen sieben und 16 Jahren aus Luhansk hierher geflüchtet ist, erzählt: „Wir wurden bombardiert – wir hatten nicht die Gelegenheit, in Ruhe eine Entscheidung zu treffen, ob wir weggehen oder nicht. Während der ersten Tage des Kriegs mussten wir uns mit den Kindern im Keller unserer Schule in Sicherheit bringen. Zuerst wollte ich nur mit meinem eigenen Sohn fliehen, aber dann war klar, dass ich die anderen Kinder nicht in der Schule zurücklassen konnte und so bin ich mit ihnen zusammen geflohen.“

Ohnehin an den Rand der Gesellschaft gedrängt, lebten sie seit 2014, als die Kämpfe in Luhansk und Donezk begannen, praktisch permanent im Krieg. Die meisten Kinder aus diesen Regionen kennen also gar keinen Frieden. Ihre Betreuerin berichtet: „Die Kinder haben großes Vertrauen zu mir. Doch wenn es hier Bombenalarm gibt, bekommen sie riesige Angst. Vor kurzem hörten wir einen zivilen Hubschrauber, der über das Dorf flog. In normalen Zeiten würden Kinder einen Hubschrauber beobachten und ihm voller Freude nachschauen. Doch die Kinder begannen zu weinen und liefen panisch zu mir. Sie hatten unbeschreibliche Angst.“

Zusammen mit den neu Angekommenen organisieren sich die Dorfbewohner\*innen gegen die Schrecken des Krieges: Von der lebensrettenden Evakuierung von Menschen aus den umkämpften Städten bis hin zur Renovierung von alten Häusern, die für die Flüchtenden instand gesetzt werden. Mit der Hilfe eines Mitstreiters organisieren wir 25 Tonnen Bio-

## Auch Iryna Stavchuk, die stellvertretende ukrainische Ministerin für Umweltschutz hat auf dem Bauernhof Zuflucht gefunden.

gelingt es uns, den Bus wieder zum Fahren zu bringen: Rettung für diejenigen, die eigentlich in der Absicht gekommen sind, selbst Hilfe zu leisten.

**Kinder haben unbeschreibliche Angst**  
Spät nachts erreichen wir das kleine Karpatendorf Nyzhnje Selyshche in der Gemeinde Chust. Hier wurden durch das Engagement von Vereinigungen aus der Zivilgesellschaft zum Zeitpunkt meines Besuchs mehr als 500 Flüchtende aufgenommen. Beteiligt sind auch Aktivist\*innen der Genossenschaftsbewegung *Longo Mai*, die sich bereits in den 1990er Jahren hier niedergelassen haben. Eine Jugendherberge wurde zu einem Zufluchtsort für Flüchtlingskinder. Auch im Kindergarten und in der Schule des Dorfes werden Geflüchtete untergebracht, darunter Waisenkinder aus

Saatgutkartoffeln aus dem österreichischen Waldviertel, die mit einem Sattelschlepper nach Nyzhnye Selyshche gebracht und vor Ort, von den Dorfbewohner\*innen gemeinsam mit Geflüchteten ausgesät werden. Eine wichtige Aktion, die nicht nur materiell, sondern auch symbolisch wirkt, denn sie drückt aus: Wir sorgen füreinander – und wir nehmen unser Leben selbst in die Hand, anstatt passive Opfer zu bleiben.

Das Restaurant des Dorfes, das nun als Kantine fungiert, war vor dem Krieg dafür bekannt, hochqualitative Lebensmittel aus der Region zu verarbeiten und anzubieten – oft kamen Tourist\*innen sogar aus fernen Städten wie Kiew hierher. Nun wurde das Restaurant in eine Kantine umgewandelt, in der täglich bis zu 300 warme Mahlzeiten ausgegeben werden. Möglich wird dies durch Spenden aus der Ukraine und aus dem Ausland. Jeden Tag arbeiten rund zehn Personen in der Küche, die meisten von ihnen ehrenamtlich. Neben den Geflüchteten und den Dorfbewohner\*innen gibt es auch internationale Freiwillige, die mithelfen, unter ihnen Jawad aus Frankreich. Der ruhige und kluge Anfang-Dreisiger berichtet, dass es ihm ein Herzensanliegen sei, hier mitzuhelfen. Denn er ist selbst Sohn von Geflüchteten – seine Eltern kamen in den 1990er Jahren aus Algerien nach Frankreich. Auch wenn die historischen Hintergründe nicht die gleichen seien, so könne er sich mit dem Schicksal der Menschen identifizieren, so Jawad.

### **Klimapolitik vom Bauernhof**

Geflüchtete werden nicht nur in öffentlichen Gebäuden wie Schulen oder Kindergärten untergebracht. Zahlreiche Bewohner\*innen der Region haben Menschen bei sich zu Hause aufgenommen. So hat auch Iryna Stavchuk, die stellvertretende ukrai-



nische Ministerin für Umweltschutz und natürliche Ressourcen, gemeinsam mit ihrer Familie auf dem Bauernhof der Bewegung *Longo Mai* Zuflucht gefunden. Von hier aus versucht sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten an den Regierungsgagenden weiterzuarbeiten. Ihr Ministerium drängt darauf, Russland innerhalb der verschiedenen internationalen Umweltverträge zu isolieren. Denn, so Iryna Stavchuk, ein Land, das alle internationalen Konventionen der Vereinten Nationen verletzt und auf solch aggressive Weise einen humanitären Notstand herbeiführt, könne nicht Teil von Klima- und Umweltkonventionen sein.

Wir organisieren 25 Tonnen Bio-Saatgutkartoffeln aus dem Waldviertel ...



... die vor Ort, von den Dorfbewohner\*innen gemeinsam mit Geflüchteten ausgesät werden.

Neben den schrecklichen menschlichen Tragödien bringt der Krieg noch viele weitere negative Entwicklungen mit sich, wie Iryna Stavchuk betont. Mit Nachdruck weist sie darauf hin, welch engen Zusammenhang es zwischen dem Krieg und der Klimakrise gibt: „Vor meiner Tätigkeit im Ministerium arbeitete ich in einer Umweltschutz-NGO. Schon damals wies ich darauf hin, welch riesige Mengen an Treibhausgasen allein durch die Herstellung von Waffen verursacht werden. Es handelt sich schließlich um extrem schwere Fahrzeuge und Geräte, die hier zum Einsatz kommen. Sehr beunruhigend ist außerdem, dass wir nach dem Krieg große Teile des Landes neu aufbauen müssen. Dies geht mit besonders emissionsintensiven Produktionszweigen einher. Aber auch viele andere Länder werden nun ihre Militärausgaben enorm erhöhen, was auch wieder zu mehr Emissionen führen wird. Das wird die Klimakrise weiter anheizen, es wird aber auch die dringend notwendigen finanziellen Ressourcen in

Anspruch nehmen, die eigentlich für die Abmilderung der Erderhitzung und die Anpassung an ihre Folgen gebraucht werden.“

Eine der dringendsten politischen Aufgaben liegt für Iryna Stavchuk in der Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern: „Die Verfügbarkeit über fossile Energieträger verstärkt die arrogante und aggressive Haltung von Russland gegenüber anderen Ländern. Die russische Regierung weiß, dass wir von ihr abhängig sind, und sie versteht es, diese Abhängigkeit auszunutzen. Die EU und auch wir hier in der Ukraine müssen so schnell wie möglich die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduzieren. Wir müssen so schnell wie möglich den Umstieg auf Erneuerbare schaffen. Außerdem müssen wir dringend Maßnahmen zur Energieeffizienz einleiten. Denn das ist der einzig nachhaltige Weg, um diese beiden Probleme zu lösen: die Klimakrise und die Abhängigkeit von Ländern wie Russland.“

Und so sind aktuell – wohl zum ersten Mal seit den 1970er Jahren – Energie- und andere Spar- oder Verzichts-Diskurse wieder relevant. Dies verdeutlichte unter anderem Mario Draghi, als er öffentlich fragte: „Wollt Ihr Klimaanlagen oder Frieden?“. Denn es ist offensichtlich, dass das aktuelle Wirtschaftssystem, das wesentlich auf der Verbrennung von Erdöl und Erdgas beruht, den Krieg und die Klimakrise gleichermaßen befeuert. Auch der Effekt eines Embargos gegen Russland wäre weitaus größer, wenn die Energiewende gelingt: Denn die steigende Nachfrage nach Flüssiggas und anderen fossilen Energieträgern aus anderen Ländern führt dazu, dass die Weltmarktpreise weiter steigen. Das nützt nicht nur dem Putin-Regime, sondern auch anderen autoritären und kriegsführenden Petro-Staaten.

## Globale Solidarität unter schwierigen Bedingungen

Der Krieg in der Ukraine ist ein weiteres Beispiel, warum aktivistisches Multitasking und ein „crossover“ von klima- und friedenspolitischen bzw. antirassistischen Aktivitäten Sinn macht und dringender denn je ist.

Am letzten Tag meines Aufenthalts findet eine Versammlung statt, an der rund zwanzig Aktivist\*innen aus der lokalen Zivilgesellschaft sowie internationale Freiwillige teilnehmen.

Auf der Agenda der Versammlung stehen folgende Diskussionspunkte: Welche Solidarität wird nun gebraucht? Geht es darum, diejenigen zu unterstützen, die das Land mit der Waffe verteidigen? Oder ist die Unterstützung von pazifistischen Positionen sinnvoller? Sollen sich soziale Bewegungen in Westeuropa dafür stark machen, Waffen an die ukrainischen Truppen zu liefern?

Oder wäre es besser, eine breit angelegte Kampagne zur Unterstützung von Deserteuren zu beginnen? Soll eine solche Kampagne lediglich darauf fokussieren, russische Kriegsdienstverweigerer zu unterstützen? Oder soll auch kritisiert werden, dass ukrainische Staatsbürger\*innen, die als „Männer im wehrfähigen Alter“ gelten, das Land nicht verlassen dürfen?

Endgültige Antworten konnten bei der Versammlung nicht gefunden werden. Ein wichtiges Ergebnis war allerdings, dass die Bemühungen zur Evakuierung von Menschen aus den Kriegsgebieten sowie die Hilfsaktivitäten im Dorf verstärkt werden müssten.

Wenige Wochen später reisten Vertreter\*innen von *medico* nach Nyzhnje Selyshche um bei diesen Aufgaben mitzuhelfen – praktische Schritte in Richtung

globaler Solidarität unter schwierigsten Bedingungen.

So wie alle anderen Kriege wird auch dieser Krieg keine Sieger kennen. Er wird gewaltvolle und patriarchale Verhaltensweisen verstärken. Und so ist zu hoffen, dass der Krieg bereits morgen zu Ende geht, damit nicht Hass und Nationalismus

„Alexander Behr verbindet eine hohe analytische Kompetenz mit seiner reichen persönlichen Erfahrung als Aktivist der europäischen Zivilgesellschaft. Sein Buch ist eine unverzichtbare Waffe im revolutionären Kampf zur Rettung unseres Planeten.“ Jean Ziegler

auf beiden Seiten weiter zunehmen. Die vielen Menschen, die bereits getötet wurden, können nicht mehr zum Leben erweckt werden. Die Häuser der Menschen in Transkarpatien und an allen anderen Orten, an denen aktuell Flüchtlinge aufgenommen und unterstützt werden, sind aber in diesen dunklen Zeiten Leuchttürme der Menschlichkeit und Solidarität.

*Der Text ist ein Vorabdruck eines Kapitels aus dem Buch Globale Solidarität, das am 4. Oktober 2022 bei Verlag oekom erscheinen wird.*





# Menschenhandel in Zeiten des Krieges

**Krieg und innerstaatliche Konflikte erhöhen das Risiko von Menschenhandel, da Systeme zusammenbrechen, die zuvor eine Schutzfunktion übernommen hatten. Kurz nach Beginn der russischen Invasion war die Lage in der Ukraine extrem unübersichtlich, die Situation entlang der Fluchtrouten und an den Grenzübergängen chaotisch.**

*Von Isabella Chen*

**1** Zur Transformation von staatlichen Rechtssystemen zwischen Frieden und Krieg: Rosa Brooks at IWM, 14.06. – 17.06. 2016: Lecture I: The Transformation of War, Lecture II: War Bursts its Boundaries: Counting the Costs, Lecture III: The Future of War and the Future of Law.

**Die** Destabilisierung von Rechtsstaatlichkeit – sei es durch gravierende politische Einschnitte, durch den Zusammenbruch von Institutionen und fehlende Strafverfolgung oder durch Krieg unter militärischem Einsatz von Waffen und Menschenleben – bringt staatliche Systeme ins Wanken und trägt in extremen Krisensituationen dazu bei, dass zahlreiche Verbrechen un bemerkt und ohne Konsequenzen stattfinden

können.<sup>1</sup> Der damit einhergehende Zusammenbruch gesellschaftlicher Ordnung findet im schlimmsten Fall Ausdruck im Verlust der eigenen Wohnung oder der Familie. Ohne finanzielle Mittel und Jobmöglichkeiten sind Flüchtende von Armut und Abhängigkeit bedroht und deshalb außerordentlich vulnerabel. Vulnerabel bedeutet physisch und psychisch verwundbar. Bereits vom Verlust an Haus und Habe betroffene Menschen sind auf der Flucht zusätzlichen Verletzungen ihrer Rechte und ihrer Würde ausgesetzt. Nicht zuletzt durch Menschenhändler\*innen, die gezielt die existenzielle Ausnahmesituation Flüchtender benutzen, um sie zu täuschen und in Abhängigkeit bringen und sie schließlich auszubeuten.

Aus diesem Grund hat LEFÖ – Interventionsstelle für Betroffene von Frauenhandel (IBF) – vier Tage nach Kriegsbeginn als erste europäische Opferschutzorganisation die Kampagne *Be Safe on the Way* ins Leben gerufen. Hierbei wurden von

LEFÖ-IBF dank langjähriger Erfahrung im Bereich Frauenhandel zahlreiche Flyer und Infografiken aufbereitet, die für aus der Ukraine flüchtenden Menschen niederschwellige Informationen und Sicherheitshinweise vermitteln.

Zu diesen Sicherheitshinweisen zählen beispielsweise: niemals das Reisedokument abzugeben; immer Freund\*innen oder Familienmitgliedern ein Foto von Nummernschildern des Transportmittels zu schicken und mit ihnen einen Code zu vereinbaren, falls etwas schief gehen sollte; Geld am eigenen Körper zu verstecken; sich Kreditkartennummern und wichtige Telefonnummer von Personen zu merken, die einem Geld überweisen könnten, falls man auf dem Weg festsetzt oder das eigene Handy verliert; bei Angeboten immer zu fragen, ob bzw. was als Gegenleistung erwartet wird. Allem voran aber: dem unmittelbaren eigenen Gefühl stets zu vertrauen!

Die Infografiken wurden über Social-Media-Kanäle in ukrainischer und englischer Sprache verbreitet. Die enorme Frequenz der Verbreitung der Inhalte online sowie die große Nachfrage von Seiten nationaler und internationaler Organisationen verdeutlichen sowohl die Notwendigkeit zeitnaher Bereitstellung spezifischer zugeschnittener Informationen als auch die Bedeutung online aufsuchender sozialer Arbeit.<sup>2</sup> Ganz besonders angesichts der Tatsache, dass bereits kurz nach Kriegsbeginn entlang der Fluchtrouten an unterschiedlichen Orten wie Grenzübergängen oder Bahnhöfen von ersten fragwürdige „Angeboten“ mit undurchsichtigen Absichten berichtet wurde.

### **Dimensionen von Vulnerabilität bei Krieg und Flucht**

Die Gefahr physischer und psychischer Verletzbarkeit des Menschen und der Men-

schwürde ergibt sich aus dem Zusammenspiel zahlreicher Faktoren, die die Anfälligkeit und Risiken für Ausbeutung, Ausgrenzung und Verfolgung entstehen lassen oder erhöhen.

Bei Frauen und Kindern, die zurzeit einen großen Teil der Fliehenden ausmachen, besteht erfahrungsgemäß eine erhöhte Vulnerabilität hinsichtlich potenzieller Arbeitsausbeutung oder sexueller Ausbeutung. Darüber hinaus sind Kinder, die allein reisen oder von ihrer Familie auf der Flucht getrennt wurden, zusätzlich gefährdet, sobald Schutzlücken in überforderten Sozialsystemen entstehen, da sie unter staatlicher Obsorge stehen.

Das Risiko, von Ausbeutung und Menschenhandel betroffen zu werden, besteht ebenso für all jene Gruppen, die bereits vor ihrer Flucht aus der Ukraine Marginalisierung und Diskriminierung erfahren haben. Dazu gehören z.B. chronisch Kranke ebenso wie Menschen mit Behinderungen, alte Menschen, von Rassismus betroffene Gruppen wie Rom\*nja, aber auch LGBTIQ+.

Verstehen wir Vulnerabilitäten als Folgen und Ergebnis gravierender gesellschaftlicher bzw. sozio-kultureller Veränderungsprozesse, erkennen wir sie – projiziert auf Einzelpersonen – durch ein Zusammenspiel von sozio-ökonomischen und gesellschaftlichen Faktoren, die sich in politischen Ausnahmezuständen wie Kriegen in kürzester Zeit außerordentlich steigern können.

Weitere Faktoren, die zu Vulnerabilitäten führen, sind beispielweise der fehlende oder limitierte Zugang zu Gesundheitsversorgung auf der Flucht bzw. auch im Zielland. Dazu zählt, wie sich im Zuge des Krieges in der Ukraine gezeigt hat, unter anderem der Zugang zu reproduktiven Rechten. Berichte über Vergewaltigungen

<sup>2</sup> Gemeint ist das einfache Finden, die virtuelle Zugänglichkeit und bedarfsgerechte Hilfestellung für Betroffene.

durch russische Soldaten konnten belegt werden. Betroffene Frauen, die in Polen Schutz suchten, geraten somit in eine ausweglose Lage, da Abtreibungen dort verboten sind.

Auch unsichere Fluchtrouten tragen zur Vulnerabilität von flüchtenden Personen bei: wenn z.B. das öffentliche Verkehrssystem zusammenbricht oder seine Nutzung durch physische Barrieren unmöglich wird, sind nicht nur körperlich beeinträchtigte - Personen gezwungen, auf zwielichtige Angebote einzugehen.

Im Ziel- oder Transitland sind der Zugang zum Arbeitsmarkt, zu sicherem Wohnraum und zu Bildung Faktoren, die Vulnerabilitäten mindern können. Ohne Zugang zum Arbeitsmarkt jedoch können insbesondere Personen, die bereits vor ihrer Flucht bzw. aufgrund ihrer Flucht nicht

## Auch unsichere Fluchtrouten tragen zur Vulnerabilität von flüchtenden Personen bei.

über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, in Situationen geraten, in denen finanzielle Abhängigkeiten gegebenenfalls ausgenutzt werden. Ohne Zugang zu sicherem Wohnraum können Personen gezwungen sein auf Angebote einzugehen, die zu Isolation und Abhängigkeiten führen. Der Zugang zu Bildung ist insbesondere hinsichtlich potenziell bestehender Sprachbarrieren essenziell. Fehlen Sprachkenntnisse, können sich bestehende Vulnerabilitäten dahingehend verstärken, dass der Zugang zu relevanten Informationen oder zur Rechtsberatung erschwert wird.

### Maßnahmen, die Menschenhandel und Ausbeutung vorbeugen

Die oberste Maxime bei Präventionsmaßnahmen gegen Frauenhandel ist es, jene Ursachen, die zu ausweglosen Zwangslagen und Vulnerabilitäten führen können, zuerst zu erkennen um ihnen vorzubeugen oder sie bekämpfen zu können. Zentral für die Konzeptualisierung von Maßnahmen ist ein breites Verständnis von möglichen Ausbeutungsformen – ein Erkennen von Ausbeutung, dort wo sie passiert: das kann in privaten Haushalten sein, in der Kinderbetreuung, im Pflegebereich, in saisonalen Beschäftigungsverhältnissen wie z.B. bei der Erntehilfe, aber aktuell auch als sogenannte „Gegenleistung“ für die Nutzung von Wohnraum.

Unumgänglich für die Bekämpfung von Menschenhandel ist somit, dass *alle* Menschen auf der Flucht - unabhängig von Reisepass und Aufenthaltstitel - gleichermaßen Zugang zu Hilfsleistungen haben und ihre Grundbedürfnisse decken können. Dazu gehören Nahrung, medizinische (inklusive reproduktive Gesundheit) und psychologische Versorgung sowie eine Unterbringung, die den Bedürfnissen von Menschen auf der Flucht gerecht wird. Darüber hinaus müssen Informationen zu diesen Hilfsleistungen und Rechtsansprüchen für Betroffene derart aufbereitet und zugänglich gemacht werden, dass sie sie auch finden und nutzen können (outreach).

Genau hier hat die von LEFÖ-IBF initiierte *Be safe on the Way* Kampagne angesetzt. Sicherheitshinweise, Informationen zu Rechten und dem Zugang zu diesen Rechten wurden niederschwellig und mehrsprachig bereitgestellt, indem sie online verbreitet wurden.

### Blick auf Österreich

Schon bald nach der Intensivierung der Angriffe hat die EU aufgrund der hohen Anzahl

**Welcome to Austria! Stay safe and be aware of risks of human trafficking.**

**No matter how well you protect yourself, you can still be in a situation where you don't see a choice.**

**WHAT ARE SIGNS OF HUMAN TRAFFICKING?**

Human Trafficking means the recruitment, transportation, transfer, accommodation or reception of people through force, fraud or deception, with the aim of exploiting them for profit.

The traffickers often use violence or fake employment agencies and fake promises of education and job opportunities, in order to trick and force their victims.

**MANY PEOPLE ARE OFFERING SUPPORT. KEEP IN MIND:**

**WORK:** If you consider working, make sure to ask about the conditions beforehand (payment, social insurance).

**ACCOMMODATION:** Do not accept support from someone who expects something in return. Ask in advance if anything is expected of you for traveling or sleeping at a certain place.

**WE OFFER SERVICES FOR TRAFFICKED WOMEN AND GIRLS ABOVE 15**

- Psychosocial, psychological, social, health and life counseling in different languages
- Safe accommodation with socio-cultural support in protection shelters
- Counselling and intervention concerning residency and employment rights
- Ensuring access to medical assistance
- Psychosocial and legal support in legal proceedings

**Feel threatened or in danger? Contact us:**

LEFÖ - Intervention Center for Trafficked Women in a National NGO and the only state recognized state protection organization

0043/17990298  
info@lefoe.at  
https://lefoe.at  
www.facebook.com/lefoe1985

**OUR SERVICES ARE CONFIDENTIAL, ANONYMOUS AND FREE OF CHARGE!**

© LEFÖ - Intervention Center for Trafficked Women in a National NGO and the only state recognized state protection organization

Be safe on the Way: Sicherheitshinweise, Informationen zu Rechten und dem Zugang zu diesen Rechten wurden niederschwellig und mehrsprachig bereitgestellt.

an Schutzsuchenden am 04. März 2022 zum ersten Mal die *Temporary Protection Directive* aktiviert, mit der sie den Mitgliedsstaaten eine rasche Erteilung eines Aufenthaltstitels für Vertrieben aus der Ukraine ermöglichte. Die Umsetzung der Richtlinie erfolgt auf nationalstaatlicher Ebene unterschiedlich. So sind in Österreich beispielsweise Drittstaatsangehörige, die einen dauerhaften Aufenthaltstitel in der Ukraine hatten, genauso wie Personen mit Studierendervisum (siehe Text von Monika Mokre) und undokumentierte Personen, nicht von der Richtlinie erfasst, bzw. von Übergangregelungen betroffen und haben daher keinen Zugang zu Unterstützungsleistungen. Diese Personengruppe sieht sich der Gefahr von Ausbeutung und Menschenhandel umso stärker ausgesetzt.

Positiv ist anzumerken, dass sich anhand der Aktivierung der *EU-Richtlinie zum Vorübergehenden Schutz* auch in Österreich gezeigt hat, dass unbürokratischer Zugang zu Rechten für Flüchtende möglich ist, wenn es einen politischen Willen dazu gibt. Eine möglichst einfache Legalisierung eines Aufenthalts in Verbindung mit direktem Zugang zum Arbeitsmarkt und Zugang zu Unterstützungsleistungen, mit de-

nen die Grundbedürfnisse gedeckt werden, stellen eine der nachhaltigsten Präventionsmaßnahmen gegen Menschenhandel dar.

Gleichzeitig muss nach der anfänglichen Solidarität zu Beginn des Krieges nun der dauerhaft sichere Aufenthalt der geflüchteten Menschen in Österreich sichergestellt werden. In den letzten Wochen haben viele Geflüchtete aus der Ukraine Unterkunft in Privatwohnungen gefunden, während die staatliche Registrierung und Weitervermittlung nicht nachzukommen scheint.

Die vielen prompten, „solidarischen“ Angebote der Unterbringung in Privatwohnungen verdienen besonderen Respekt, bergen jedoch auch die Gefahr von Isolation und Ausbeutung. So wurden an LEFÖ-IBF bereits Fälle von Ausbeutung herangezogen, bei denen sich Betroffene aufgrund von sprachlichen Barrieren und fehlender Ortskenntnis nicht nur isoliert fühlten, sondern auch zu Arbeiten im Aushalt oder in der Kinderbetreuung gezwungen wurden. Versprochene Löhne wurden zurückgehalten oder den Betroffenen ihre Reisedokumente abgenommen.

Der Zugang zu dauerhaft sicherem Aufenthalt und Wohnraum ist somit ein

wesentlicher Schritt zur Prävention von Ausbeutung. Dies ist angesichts der nur zögerlich ausgezahlten Grundversorgungsansprüche und dem relativ niedrigen Zuschuss zu Mietkosten aus der Grundversorgung besonders herausfordernd. Denn daraus erwächst die Gefahr, dass zahl-

Prävention von Menschenhandel. Der Erfolg unserer *Be Safe on the Way* Kampagne hat gezeigt, dass es eine enorme Nachfrage für aufbereitete Informationen gibt, die auf die Bedürfnisse der Zielgruppe zugeschnitten sind.

## Versprochene Löhne wurden zurückgehalten oder Reisedokumente abgenommen.

reiche Vertriebene zusätzlich in vulnerable Positionen geraten - spätestens, wenn vorhandene Ersparnisse aufgebraucht sein werden. Durch den direkten Zugang zum Arbeitsmarkt scheint es auf den ersten Blick zumindest für all jene, die unter die Richtlinie fallen, recht einfach eine Lohnarbeit zu finden. Es kann hier jedoch - ebenso wie im Wohnbereich - aufgrund der Vielzahl der Suchenden zu fragwürdigen Angeboten kommen, bei denen finanzielle Nöte und sprachliche Barrieren gezielt ausgenutzt werden.

Neben schnelleren und gezielteren Maßnahmen von staatlichen Institutionen braucht es darüber hinaus - auch im Sinne eines koordinierten Opferschutzes - Schulungen für all jene Stellen, die direkten Kontakt zu aus der Ukraine geflüchteten Menschen haben. Hier geht es um das Erkennen von Indikatoren, die auf Menschenhandel hinweisen, und in der Folge um die professionelle Weitervermittlung von Betroffenen an Opferschutzeinrichtungen.

Damit Betroffene selbst aktiv werden können, ehe sie sich dubiosen Angeboten ausliefern müssen, ist die online aufsuchende soziale Arbeit ein nicht mehr wegzudenkender Bereich der Bekämpfung und

### Conclusio

Letztendlich zeigt sich im Kontext des Ukrainekriegs erneut, dass all jene, die bereits vor einer Krisensituation marginalisiert und diskriminiert wurden, in Folge dieser Krise einem besonders hohen Risiko unterliegen, in vulnerable Situationen gebracht zu werden. Es ist somit grundsätzlich zu begrüßen, dass die EU bzw. Österreich ukrainischen Geflüchteten einen schnellen und umfassenden Zugang zu Rechten ermöglicht hat. Gleichzeitig werden diese Rechte und grundsätzlich allgemeingültigen Schutzmaßnahmen vielen, vom Angriffskrieg Russlands betroffenen Personen verwehrt: Personen, die ohne ukrainische Staatsbürgerschaft in der Ukraine gelebt haben wie z.B. undokumentierte Personen oder Personen mit Studentenvisa, oder Personen, die davor aus anderen Kriegs- oder Krisengebieten in die Ukraine geflohen waren oder die aufgrund der Auswirkungen kriegerischer Konflikte in anderen Ländern in Not geraten waren, erhalten in Österreich nicht den erforderlichen Zugang zu Rechten und werden somit weiterhin in extrem vulnerable Positionen gebracht.

In Kriegs- und Krisenzeiten, in denen Schutzsysteme und staatliche Institutionen zusammenbrechen, ist der niederschwellige Zugang zu Grundrechten für ALLE betroffenen Personen unabdingbar, um Vulnerabilitäten und dem Risiko von Ausbeutung und Menschenhandel vorzubeugen.

### Weiterführende Quellen

LEFÖ-IBF: Be Safe on the Way Kampagne: <https://lefoe.at/welcome-to-austria-stay-safe/>  
 Anti-Trafficking Plan to protect people fleeing war by the EU: A new Anti-Trafficking Plan to protect people fleeing the war in Ukraine ([europa.eu](http://europa.eu))  
 La Strada International und The Freedom Fund: Preventing human trafficking of refugees from Ukraine. Studie zu den Risiken von Menschenhandel im Kontext des Ukrainekriegs: [https://freedomfund.org/wp-content/uploads/UkraineAntiTraffickingReport\\_2022\\_05\\_10.pdf](https://freedomfund.org/wp-content/uploads/UkraineAntiTraffickingReport_2022_05_10.pdf)



## Struktur zurückgeben

**Das ukrainische Bildungszentrum Wien steht vertriebenen Schüler\*innen ab 16 Jahren offen. Ziel ist es, den Lernenden zu ermöglichen, sich auf die geplante ukrainische Matura im Mai vorzubereiten und ihre Deutschkenntnisse zu erweitern.**

*Von Naomi Ossai*

Die Tegetthoffstraße scheint im Moment nur aus einer Baustelle zu bestehen. Alles ist im Umbruch, es wird gestemmt und gepflastert. Der Lärm der Baustelle erfüllt die gesamte Straße. Am Straßeneck, ganz unscheinbar, stoße ich auf ein Gebäude der Raiffeisen Bank. Dort hängt ein kleines Schild mit ukrainischer Aufschrift. In Empfang genommen werde ich von Frau Dr. in Viktoriya Hryaban, der Direktorin des ukrainischen Bildungszentrums Wien. Die Projektleitung ist Frau Khamayko, mit der ich telefonisch spreche. Auf die Frage, ob sie vor der Eröffnung des ukrainischen Bildungszentrums bereits Erfahrung als Schulleiterin oder ähnliches gehabt habe, verneint Frau Khamayko. Sie sei seit vielen

Jahren bei der Raiffeisenbank angestellt gewesen, mit Schule hatte sie nichts zu tun. Ich bin beeindruckt. Diese Umstellung muss sehr stressig gewesen sein, meine ich. Doch Frau Khamayko lacht verneinend: „wirklicher Stress ist in der Ukraine.“

### **Projekt in Rekordzeit**

Die Idee, ein ukrainisches Bildungszentrum zu eröffnen, stammt von Frau Khamaykos Mann. Der langjährige Bankangestellte musste bereits früher, vor der russischen Invasion in Georgien, von dort fliehen. Als am 24. Februar der Ukraine-Krieg begann, fasste er Anfang März den Entschluss, etwas zu tun. Aus seiner eigenen Erfahrung schöpfend, war ihm bewusst, was am

Die Tegetthoffstraße scheint im Moment nur aus einer Baustelle zu bestehen. Alles ist im Umbruch, es wird gestemmt und gepflastert. Der Lärm der Baustelle erfüllt die gesamte Straße. Am Straßeneck, ganz unscheinbar, stoße ich auf ein Gebäude der

troffenen ist: Struktur zurückgeben. Die Struktur der Schule fällt für jene Kinder weg, die über 15 Jahre alt und somit nicht mehr schulpflichtig sind. So wurde die Raiffeisenbank in eine Schule für genau diese Gruppe umgewandelt. Finanziert wird das Projekt zu jeweils gleichen Teilen durch die *Stadt Wien*, *Stepic CEE Charity* und die *Raiffeisen Centrobank*.

„Das hier [die Schule] ist ein Safe Space und ich glaube wir haben geschafft das umzusetzen“  
(Viktoriya Hryaban)

*Raiffeisen Bank*. Dort hängt ein kleines Schild mit ukrainischer Aufschrift. In Empfang genommen werde ich von Frau Dr.in Viktoriya Hryaban, der Direktorin des *ukrainischen Bildungszentrums Wien*. Die Projektleitung ist Frau Khamayko, mit der ich telefonisch spreche. Auf die Frage, ob sie vor der Eröffnung des ukrainischen Bildungszentrums bereits Erfahrung als Schulleiterin oder ähnliches gehabt habe, verneint Frau Khamayko. Sie sei seit vielen Jahren bei der *Raiffeisenbank* angestellt gewesen, mit Schule hatte sie nichts zu tun. Ich bin beeindruckt. Diese Umstellung muss sehr stressig gewesen sein, meine ich. Doch Frau Khamayko lacht verneinend: „wirklicher Stress ist in der Ukraine.“

### Projekt in Rekordzeit

Die Idee, ein ukrainisches Bildungszentrum zu eröffnen, stammt von Frau Khamaykos Mann. Der langjährige Bankangestellte musste bereits früher, vor der russischen Invasion in Georgien, von dort fliehen. Als am 24. Februar der Ukraine-Krieg begann, fasste er Anfang März den Entschluss, etwas zu tun. Aus seiner eigenen Erfahrung schöpfend, war ihm bewusst, was am wichtigsten für die von der Situation Be-

Bereits am 1. April eröffnete die Tegetthoffstraße ihre Türen für Schüler\*innen der letzten und vorletzten Schulstufe vor der Matura. Die Schule ist über mehrere Stockwerke des ehemaligen Bankgebäudes verteilt und bietet Platz für ca. 120 Schüler\*innen. Auch das Lehrpersonal besteht aus Menschen, die aus der Ukraine flüchten mussten. Schwerpunkte des Unterrichts sind Ukrainisch, Mathematik, Englisch und Deutsch. Einige Lehrer sprechen kein Deutsch und freuen sich über Zusatzangebote von Freiwilligen, die Deutsch unterrichten. Auch für die Schüler\*innen gibt es neben dem regulären Deutschunterricht die Möglichkeit, nach der Schule noch zusätzlichen Unterricht in Anspruch zu nehmen. Um den sehr unterschiedlichen Deutschniveaus der Schüler\*innen gerecht zu werden (von noch nie Deutsch gelernt bis zu 10 Jahre lang), gab es zu Beginn Einstufungstests und die Deutschklassen wurden danach organisiert. Intensivere Deutschkurse gibt es erst im Sommer, nachdem der große Maturastress vorüber ist.

Die ukrainische Matura besteht aus zwei Teilen, dem Abschluss der Schule und dem Zugang zur Uni. Bereits vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs wurde die Matura in der Ukraine über Testzentren innerhalb des Landes die abgehalten, jedoch nicht online. Laut Frau Hryaban sei das Schreiben von Online-Prüfungen für ihre Schüler\*innen kein Problem, da diese bereits

durch Pandemie gut darauf vorbereitet sind. Der erste Teil der Matura wurde nun bereits erstmalig online über Testzentren in ganz Europa gleichzeitig abgehalten. Die Schule in der Tegetthoffstraße wurde dabei von der Uni Wien unterstützt, welche die Räumlichkeiten mit der technologischen Infrastruktur für die Maturant\*innen zur Verfügung stellte.

### Das Stück Gemeinschaft

Durch die auffallend großen Räume und riesigen Fenster der ehemaligen Bankbüros macht die Schule einen offenen und freundlichen Eindruck. Überall sind kleine Klassen zu finden mit wenigen Schülern, die sich auf der großen Fläche von ehemaligen Besprechungszimmern verteilen. Gleich im ersten Raum der Schule habe ich das Gefühl: Hier stehen die Schüler\*innen im Mittelpunkt. Die schwarz-weiße Manga-Zeichnung einer Schülerin ist hier zur Schau gestellt. Frau Hryaban erklärt mir, die Schülerin sollte ihre Gefühle in dem Bild ausdrücken. Frau Hryaban führt mich noch in einen anderen Raum, in dem Schüler\*innen gemeinsam die Whiteboards mit detailreichen ukrainischen Traditionsmustern bemalt haben. Es wird immer mehr deutlich, dass es bei dem Projekt des ukrainischen Bildungszentrums um mehr geht als Maturavorbereitung.

Für die Schüler\*innen gibt es ein Safe Space Programm mit Psycholog\*innen, das mehrmals die Woche abgehalten wird. Das Programm soll den Jugendlichen Raum geben, um über ihre Belastungen zu sprechen. Frau Hryaban erzählt, dass die Schüler\*innen seit Schulbeginn große Veränderungen durchgemacht haben. „Sie waren Anfangs so traurig und jetzt verhalten sie sich wieder wie normale Jugendliche.“

Eine große Rolle spielt dabei auch das Gemeinschaftsgefühl. Frau Hryaban er-



zählt, dass die meisten Schüler\*innen jeden Tag zu früh kommen würden. „Es ist ihnen so wichtig zu kommen, weil sie hier diese Gemeinschaft haben. Sie wollen unbedingt hier sein und lernen“. In der Pause spreche ich kurz mit ein paar Schüler\*innen. Auf die Frage, wie sie die Schule hier fänden, entgegnet mir ein Schüler: „Ich bin noch nirgends so gerne in die Schule gegangen wie hier. Ich habe noch nie so eine Schule erlebt. Diese Gemeinschaft. Ich freue mich jeden Tag hierher zu kommen.“ Frau Hryaban erzählt, dass die Schüler\*innen mit Fleiß auch in ihrer Freizeit gemeinsam ukrainische Lieder lernen würden. Sie zeigt mir ein Video, auf dem die kleine Schule gemeinsam mit ukrainischen Flaggen durch die Straßen in Wien zieht und Lieder singt.

### Große Verantwortung

Frau Hryaban erzählt über einen Elternabend, den die Schule bereits veranstaltet hat. Dabei wird klar, dass das Kollegium sich auch Aufgaben stellen muss, die über das Lehren bzw. Leiten hinausgehen. Die traurige Realität des Elternabends war, dass aufgrund des Krieges nur Mütter anwesend waren. Viele der Mütter sind stark überfordert mit der Situation. Frau Hryaban erzählt auch, dass manche Minderjährige

In einem anderen Raum haben Schüler\*innen gemeinsam die Whiteboards mit detailreichen ukrainischen Traditionsmustern bemalt haben.

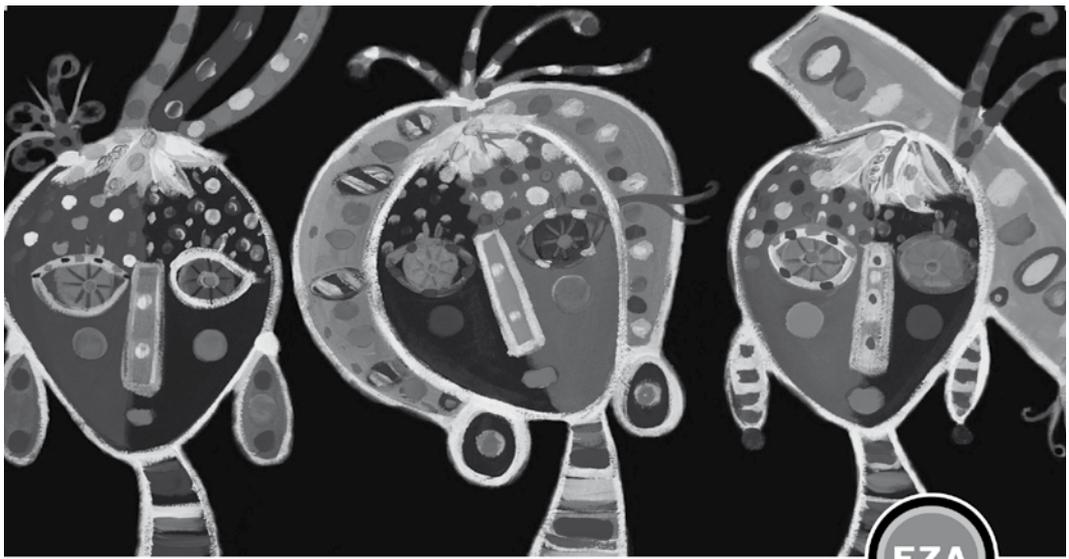
alleine hier in Österreich sind, weil beispielsweise kein Platz mehr für die Angehörigen in den Autos war. Diese unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge leben teilweise im Studentenheim oder bei Freunden. Der Elternabend wurde von einigen Müttern auch dazu genutzt, sich zu vernetzen und eine Lösung für die betroffenen allein geflüchteten Kinder zu finden. So wurden einige unbegleitete Schüler\*innen von Müttern ihrer Schulkolleg\*innen bei sich aufgenommen.

Frau Hryaban und ihre Kolleg\*innen behalten auch die private Situation der Schüler\*innen, so weit es geht, im Auge. Auch darauf, ob die Schüler\*innen zu den vorgegebenen Schulzeiten wirklich anwesend sind, wird geachtet. Dieses zusätzliche Achtgeben ist besonders wichtig bei den allein Geflüchteten, bei denen sich die

Frage stellt, wer sich für deren Situation verantwortlich fühlt.

### **Ungewisse Zukunft**

Frau Khamayko erzählt, dass das Projekt *Ukrainisches Bildungszentrum Wien* nur bis August hätte laufen sollen. Allerdings läuft es so gut und es gibt eine derart große Nachfrage, dass sich alle einig sind: Es soll weitergehen. Auch für die Jugendlichen, die die Matura in der Tegetthofstraße abschließen konnten, ist die Zukunft ungewiss. Ob ukrainische Universitäten die Möglichkeit anbieten werden, online zu studieren und wie es dann weitergeht, kann nur die Zukunft zeigen. Bis dahin sind sowohl die Schüler\*innen, als auch das Kollegium froh, mit dem ukrainischen Bildungszentrum einen Ort der Gemeinschaft zu haben, der zumindest ein Stück Struktur und Normalität zurückgibt.



**KAFFEE AUS FRAUENHAND**

**EZA**

**NATÜRLICH FAIR**

Erhältlich im Weltladen und unter [www.eza.cc](http://www.eza.cc)



# Vielfältige Möglichkeiten und zahlreiche Hürden

Für Studierende aus dem globalen Süden war die Ukraine ein attraktiver Studienort.

**In der Ukraine studierten vor Ausbruch des Kriegs etwa 1,5 Millionen Personen<sup>1</sup>, 80.500 von ihnen sind nicht ukrainische Staatsbürger\*innen. Für sie bot die Ukraine die außerordentliche Möglichkeit in Europa zu studieren, ohne die hohen Kosten und Barrieren der meisten EU-Staaten. Mit Kriegsausbruch mussten die meisten fliehen. Österreich sperrt sich gegen ihre Aufnahme. Von Monika Mokra**

**D**ie Mehrheit der ausländischen Studierenden in der Ukraine kam bisher aus Indien, gefolgt von Marokko. Weitere Nationen mit einem hohen Anteil sind Aserbaidschan, Turkmenistan, Nigeria, die Türkei, China, Ägypten, Israel und Usbekistan<sup>2</sup>. Zugleich studieren etwa 70.000 Ukrainer\*innen im Ausland.

Da die Studiengebühren deutlich niedriger sind als in EU-Ländern und dem Vereinigten Königreich, war die Ukraine für Stu-

dierende aus dem globalen Süden bis dato ein attraktiver Studienort. Das Niveau der Studien ist hoch; insbesondere Medizin, Computerwissenschaften und Rechtswissenschaften zählen zu den beliebtesten Studienrichtungen internationaler Studierender in der Ukraine. Indien, Turkmenistan und Nigeria hatten gemeinsame Mobilitätsprogramme mit der Ukraine.

Alle geflüchteten Studierenden suchen nun nach einer Möglichkeit, ihr Studium an

<sup>1</sup> Zahlen von 2019

<sup>2</sup> Zahlen von 2019



Andere Länder haben Erleichterungen für internationale Studierende aus der Ukraine geschaffen.

einer anderen europäischen fortzusetzen. Dies ist für alle schwierig genug, noch schwieriger aber für die internationalen Studierenden. Die EU-Richtlinie zu temporärem Schutz, auf deren Grundlage sich aktuell Menschen aus der Ukraine in der EU aufhalten dürfen, definiert die Gruppe der Vertriebenen aus der Ukraine sehr eng: Sie umfasst ukrainische Staatsbürger\*innen, Personen, die in der Ukraine unter internationalem Schutz standen, sowie die Familien dieser beiden Gruppen. Personen mit ständigem Aufenthalt in der Ukraine, die „nicht sicher und dauerhaft in ihr Herkunftsland oder ihre Herkunftsregion zurückkehren können“, sollen ebenfalls Schutz erhalten – entweder gemäß dem Ratsbeschluss oder im Rahmen einer anderen nationalen Regelung. Personen mit vorübergehendem Aufenthalt in der Ukraine, die nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können, wie z.B. Studierende oder Arbeiter\*innen, aber auch Asylbewerber\*innen, können – gemäß dem Beschluss – ebenso Schutz erhalten. In der – rechtlich nicht verbindlichen – Einleitung des Beschlusses wird empfohlen, ihnen zumindest die visumfreie Einreise in die EU zu ermöglichen, damit sie in ihr Herkunfts-

land zurückkehren können. Personen mit – ständigem oder vorübergehendem – Aufenthalt in der Ukraine, die ohne Gefahr in ihr Herkunftsland zurückkehren könnten, werden überhaupt nicht erwähnt.

Studierende mit ukrainischer Staatsbürgerschaft dürfen sich also vorläufig in der EU aufhalten. Zuerst einmal für ein Jahr, gemäß der Richtlinie über temporären Schutz längstens für drei Jahre. Während dieser Zeit wird ihnen zugestanden ihr Studium fortzusetzen – allerdings ohne Gewissheit für die Zeit nach dem Ende des temporären Schutzes.

Internationale Studierende, die nach Einschätzung der Behörden ihres Aufenthaltslandes ohne Gefahr in ihr Heimatland zurückkehren können, werden von der Entscheidung nicht erfasst. Sie können also nur dann in der EU bleiben, wenn die Mitgliedsstaaten großzügigere Regelungen erlassen haben oder wenn es ihnen gelingt, einen anderen Aufenthaltstitel zu erhalten, etwa als Studierende\*r. Dafür ist es häufig nötig, dass erhebliche finanzielle Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts nachgewiesen werden, ebenso eine ortsübliche Unterkunft. Dazu kommt, dass

die Studiengebühren an jenen Universitäten in der EU, die solche einheben, zu meist deutlich höher sind als die Gebühren an ukrainischen Universitäten. Für ukrainische Staatsbürger\*innen wurden diese Gebühren in den Ankunftsändern in vielen Fällen reduziert, für internationale Studierende blieb diese Erleichterung häufig aus. Ein zusätzliches Problem für alle Studierenden aus der Ukraine besteht laut einschlägigen Foren darin, dass es schwierig ist, die nötigen Studienbescheinigungen von ukrainischen Universitäten zu erhalten – sei es aufgrund des Kriegs, sei es, weil die Universitäten Druck auf die Studierenden ausüben wollen, ihr Studium in der Ukraine fortzusetzen. Einige ukrainische Universitäten bieten Online-Unterricht an, was von manchen Betroffenen als ein Trick interpretiert wird, weiterhin Studiengebühren einzuheben.

Schließlich besteht ein allgemeines Problem für geflüchtete Studierende auch darin, dass zahlreiche Studiengänge nur in der jeweiligen Landessprache angeboten werden.

### **Studienmöglichkeiten für internationale Studierende**

Grundsätzlich können ukrainische Staatsangehörige ihre Studien an zahlreichen Universitäten fortsetzen, wobei die genauen Bedingungen einerseits vom Studienangebot, also von den Disziplinen und der Unterrichtssprache abhängen, andererseits von den Zugangsbestimmungen der jeweiligen Universitäten. Insbesondere für Medizinstudierende in höheren Semestern scheint es schwierig, ihr Studium wieder aufzunehmen, ohne mindestens ein Studienjahr zu wiederholen.

In Bezug auf Geflüchtete aus der Ukraine mit nicht-ukrainischer Staatsbürgerschaft haben sich nur die Niederlande und

Spanien dazu entschlossen, eine allgemein großzügigere Regelung zu erlassen als die Ratsentscheidung vorschreibt: In den Niederlanden erhalten alle Nicht-Ukrainer\*innen, die am 23.2.2022 einen gültigen ukrainischen Aufenthaltstitel hatten, temporären Schutz; für sie wurden auch die Studiengebühren reduziert. Noch ist es ihnen nicht gestattet, den temporären Schutz in einen Aufenthaltstitel als *Studierende\*r* umzuwandeln. Auch Spanien gewährt allen Personen mit legalem Aufenthalt in der Ukraine am 23.2.2022 temporären Schutz, zusätzlich jenen ukrainischen Staatsbürger\*innen, die sich bereits davor in Spanien aufgehalten hatten.

Deutschland toleriert alle Personen, die aus der Ukraine geflüchtet sind, bis Ende August 2022. (Diese Frist wurde bereits einmal verlängert; ursprünglich galt sie bis Mai 2022.) Dies soll denjenigen, die nicht

## Geflüchtete Studierende suchen nach einer Möglichkeit, ihr Studium fortzusetzen.

unter die Entscheidung fallen, die Möglichkeit geben, in ihr Herkunftsland zurückzukehren oder einen anderen Aufenthaltsstatus zu beantragen. Bremen<sup>3</sup> erteilte ehemaligen internationalen Bewohner\*innen der Ukraine eine Aufenthaltserlaubnis von sechs Monaten.

Portugal hat allgemein sehr großzügige Regelungen für Geflüchtete und Migrant\*innen, die auch Geflüchteten aus der Ukraine zugutekommen. Geflüchtete aus der Ukraine erhalten auf Antrag ein einjähriges Aufenthaltsrecht, das das Recht zu arbeiten und zu studieren inkludiert. Auch undokumentierte Migrant\*innen haben das Recht zu arbeiten und in Folge ei-

**3** Ob auch andere deutsche Länder oder Städte so verfahren konnten wir für den Text nicht herausfinden.

nen Aufenthaltstitel zu erhalten. Offiziell kann ein Aufenthaltstitel nur nach legaler Einreise erteilt werden, was aber kaum kontrolliert wird. Die Universitäten bieten Sprachkurse an; die Studiengänge finden in portugiesischer Sprache statt.

Irland hatte zu Beginn des Krieges großzügige Angebote für alle Geflüchteten

## Für Geflüchtete ohne ukrainische Staatsbürgerschaft ein Asylantrag die einzige Möglichkeit.

aus der Ukraine, die inzwischen größtenteils nicht mehr zur Verfügung stehen.

Andere Länder haben sich dazu entschlossen, Erleichterungen für internationale Studierende aus der Ukraine zu schaffen. So soll es in Frankreich Afrikaner\*innen, deren Studium in der Ukraine unterbrochen wurde, ermöglicht werden, ihr Studium an einer französischen Universität fortzusetzen – auch wenn es hier immer wieder zu bürokratischen Hindernissen kommt.

Rumänische Universitäten stocken Studienplätze auf und Studierende aus der Ukraine können auch dann ihr Studium fortsetzen, wenn sie keinen Nachweis für das bisherige Studium erbringen können. Ist dies der Fall, werden Aufnahmeprüfungen durchgeführt. Zum Abschluss des Studiums sind die Nachweise dann nötig. Rumänien bietet einige medizinische Lehrgänge in englischer Sprache an. Es werden Studiengebühren eingehoben, die allerdings günstiger sind als an vielen westeuropäischen Universitäten. Ähnlich ist es in Bulgarien, wo ebenfalls englischsprachige Lehrgänge in medizinischen Fächern angeboten werden. In Ungarn können alle internationalen Studierenden ihr Studium fort-

setzen, unabhängig von ihrer Nationalität. Auch einige polnische Universitäten haben solche Lösungen angeboten.

Außerhalb der EU bietet das Vereinigte Königreich und insbesondere Schottland eine Reihe von Optionen für ukrainische Studierende, nicht aber für internationale Studierende. Wie in vielen EU-Staaten ist für viele Geflüchtete aus der Ukraine ohne ukrainische Staatsbürgerschaft ein Asylantrag die einzige Möglichkeit zur Legalisierung. Dies ist hier ein besonders riskanter Weg, nachdem das Vereinigte Königreich seit kurzem Asylwerber\*innen in Ruanda unterbringt.

Gute Chancen für internationale Studierende scheint Serbien zu bieten; das Aufnahmeverfahren an serbischen Universitäten ist im Vergleich einfacher und die Studiengebühren sind geringer als in der EU.

Die hektische und oft auch verzweifelte Kommunikation in Foren von internationalen Studierenden aus der Ukraine verdeutlicht die Schwierigkeiten, eine geeignete Möglichkeit zur Fortsetzung des jeweiligen Studiums zu finden. Dies ist selbstverständlich in vielen Belangen unvermeidlich: Die zahlreichen Universitäten in der EU und in ihren Nachbarländern haben unterschiedliche Angebote und unterschiedliche Aufnahmebedingungen. Beides wird nun zum Teil – gleichfalls in unterschiedlicher Form – an die Anforderungen aufgrund des Ukrainekriegs angepasst werden.

Doch vieles hätte auch einfacher gelöst werden können, wenn sich der Rat der EU dazu aufgerafft hätte, alle diejenigen, die vor demselben Krieg und denselben Problemen fliehen mussten, gleich – im Sinne von gleichwertig und mit denselben Rechten ausgestattet – zu behandeln.



## Föderale Mangelverwaltung seit 2004

**Die Versorgung von Schutzsuchenden ist seit März 2022 in aller Munde, die Medien berichten darüber. Vielerorts macht sich Empörung darüber breit, wie die Menschen aus der Ukraine mit den finanziellen Leistungen, die die Grundversorgung hergibt, (über)leben sollen. Das unflexible und leistungsschwache System der Grundversorgung liegt wieder einmal konkret am Tisch. Von Daniela Krois**

**K**olleg\*innen, die sich schon lange im Flüchtlingsbereich engagieren, bestätigen, dass Menschen in Grundversorgung (GVS) schon seit Einführung dieses Systems 2004 mit sehr wenig Geld auskommen müssen. Bisher interessierte es aber kaum jemanden, wie gering die Leistungen aus der GVS angesetzt waren und sind. Es sind aber nicht nur die privaten Leistungen der GVS sehr niedrig, sondern auch die Finanzierung für die Betreuung ist nicht kostendeckend angesetzt. Organisationen, die in

der Betreuung von Schutzsuchenden tätig sind, erhalten über die sogenannten Tagsätze eine gedeckelte Finanzierung. Die letzte Erhöhung der Tagsätze sowie der Leistungen für privat Wohnende liegt sechs Jahre zurück; und auch jetzt zieht sich die Umsetzung einer bereits beschlossenen Erhöhung endlos dahin. Ohne den aktuellen Druck aufgrund der hohen Zahl von Vertriebenen aus der Ukraine, die im Rahmen des real existierenden Grundversorgungssystems versorgt werden müs-

1 <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20003460> (Vereinbarung zwischen Bund & Ländern gem. Art. 15a B-VG über Angelegenheiten ihres jeweiligen Wirkungsbereiches)

2 Siehe <https://www.asyl.at/de/themen/grundversorgung/>

sen, wäre diese Erhöhung von der Bundesregierung wohl nicht beschlossen worden. Offensichtlich musste es zu einer neuerlichen Krise kommen, um eine Verbesserung sowohl der Finanzierung als auch der Betreuung herbeizuführen. Die Rufe beteiligter NGOs und einer engagierten Zivilgesellschaft wurden von politischen Entscheidungsträger\*innen bislang nicht gehört. Zuletzt waren die Tagsätze 2015/16 nach mehreren Jahren der Nicht-Valorisierung erhöht worden, nachdem der Druck aufgrund der hohen Antragszahlen gestiegen war. Kostendeckend waren die Tagsätze dennoch nicht. Seither ist gar nichts mehr passiert.

### **Kleiner Abriss zur Entstehung der Grundversorgung**

Die sogenannte Grundversorgung wurde in Österreich im Mai 2004 mit dem Ziel der Vereinfachung und Vereinheitlichung eingeführt und löste die damalige „Bundesbetreuung“ für Geflüchtete ab. Zu diesem Zweck wurde die Zielgruppe für den Bezug der Grundversorgung (kurz GVS) definiert, die Kostenteilung zwischen Bund & Ländern festgelegt, ebenso die Kriterien für den Bezug der GVS bzw. für den Nachweis der Hilfsbedürftigkeit.

Schon die rechtlichen Rahmenbedingungen lassen eine gewisse Komplexität erahnen.

Auf der Ebene der Europäischen Union gibt es da einmal die Aufnahmerichtlinie (AL 2013/33/EU - zuvor 2003/9/EG), deren Umsetzung 2004 überhaupt erst die Einführung der GVS in Österreich notwendig machte. Bis dahin waren bis zu zwei Drittel der Schutzsuchenden in Österreich obdachlos. Um den Vorgaben der EU zu entsprechen, wurde im Parlament ein „Grundversorgungsgesetz Bund“ beschlossen, daneben zwischen Bund und Ländern eine

„Grundversorgungsvereinbarung nach Art 15a B-VG“<sup>1</sup> festgehalten. Für die praktische Umsetzung der Beherbergung und Versorgung der Anspruchsberechtigten bedurfte es schließlich noch eines eigenen Grundversorgungsgesetzes für jedes der neun Bundesländer.<sup>2</sup>

### **Zuständigkeit Bund & Länder**

Im Rahmen der GVS erfolgt die Versorgung, Beratung und Betreuung von Menschen, die in Österreich um Asyl ansuchen (zu anderen Anspruchsberechtigten der GVS siehe unten). Bei Asylantragstellung wird die Identität festgestellt, eine Erstbefragung gemacht und unter anderem geprüft, ob Österreich für das inhaltliche Verfahren zuständig ist. Im Rahmen dieses „Zulassungsverfahrens“ ist der Bund für die Versorgung und Betreuung von Schutzsuchenden zuständig, und zwar in Erstaufnahmezentren wie z.B. Traiskirchen oder Thalham. Seit 1. Dezember 2020 ist die BBU GmbH (Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen) für die Versorgung während des Zulassungsverfahrens verantwortlich.

Sobald dann entschieden ist, dass Österreich für das inhaltliche Asylverfahren zuständig ist, erfolgt eine Überstellung in die Länderversorgung. Die Verteilung auf die Länder erfolgt aufgrund einer Quote (Festlegung im September 2015 mit 1,5% der Bevölkerung je Bundesland), darüber hinaus werden, soweit möglich, Wünsche der Schutzsuchenden gehört, z.B. erfolgt je nach Möglichkeit eine Zuweisung in ein anderes Bundesland, wenn medizinische Gründe oder der Wohnort anderer Familienmitglieder dafürsprechen. Das heißt, Bund und Länder teilen sich die Grundversorgung wie beschrieben auf: In der Zeit des Zulassungsverfahrens ist der Bund zuständig, ab Zulassung zum inhaltlichen

Asylverfahren beginnt die Länderversorgung. Wobei auch die Kosten der Landesgrundversorgung aufgeteilt werden: Im ersten Jahr zahlt der Bund 60%. Wenn das Asylverfahren länger dauert, übernimmt der Bund die gesamten Kosten.

### Wer ist anspruchsberechtigt?

Als Zielgruppe der GVS gelten neben Asylwerber\*innen bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens auch subsidiär Schutzberechtigte (§8 AsylG), Asylberechtigte während der ersten vier Monate nach Asylanerkennung, Personen mit bestimmtem Aufenthaltstitel (AB+ oder RWR-Card) aus berücksichtigungswürdigen Gründen, Personen mit rechtskräftig negativem Ausgang des Asylverfahrens und schließlich Personen ohne Aufenthaltsrecht, wenn sie aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht abschiebbar sind.

Aber nicht alle Asylwerber\*innen etc. haben tatsächlich Anspruch auf Grundversorgung, Grundlage für den Bezug von GVS-Leistungen ist die sogenannte Hilfsbedürftigkeit, die auch bei der Antragstellung auf Grundversorgung geprüft wird: *Hilfsbedürftig ist, wer den Lebensunterhalt für sich und seine im gemeinsamen Haushalt lebenden unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen kann und den Lebensunterhalt auch nicht (ausreichend) von anderen Personen oder Einrichtungen erhält.*

Mit dem Überfall auf die Ukraine und der Ende Februar einsetzenden massiven Fluchtbewegung stellte sich die Frage, auf welcher Grundlage die Versorgung der ukrainischen „Vertriebenen“ organisiert werden sollte. Durch das Inkraftsetzen der EU-Richtlinie für Temporären Schutz (EU-Richtlinie 2001/55/EG) hatten ukrainische Staatsbürger\*innen, die nach dem 24. Fe-

bruar 2022 aus der Ukraine geflüchtet waren, einen *temporären Aufenthaltstitel als „Vertriebene“* erhalten. Anstatt ein neues Versorgungs-System zu entwickeln oder die „Vertriebenen“ ins Sozialhilfe-System aufzunehmen, wurde beschlossen, sie im bestehenden GVS-System zu versorgen. Allerdings wurde den „Vertriebenen“ ein erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht.

### Aufenthaltstitel und Arbeitsmarktzugang in der GVS

Das Thema Zugang zum Arbeitsmarkt erweist sich in der Grundversorgung als äußerst komplex. Wie oben angeführt, ist ein relativ großer Kreis von Personen mit unterschiedlichen Aufenthaltstiteln Zielgruppe der Grundversorgung. Manche dürfen nun arbeiten, manche nicht und manche werden in einigen Bundesländern aus der GVS entlassen – für jede der Gruppen gelten unterschiedliche Regelungen,

## Schon die rechtlichen Rahmenbedingungen lassen eine gewisse Komplexität erahnen.

die auch noch von Bundesland zu Bundesland variieren.

So können zum Beispiel Personen mit Subsidiärem Schutz sofort zu arbeiten beginnen. Personen mit Vertriebenen Status dürfen zwar auch arbeiten, für sie muss aber ein\*e potentielle\*r Arbeitgeber\*in eine Beschäftigungsbewilligung (BB) beim AMS einreichen. Schließlich gibt es noch Personen mit Zugang zum Arbeitsmarkt (Aufenthaltstitel wie AB + oder RWR-Card), die sofern nicht selbsterhaltungsfähig, Leistungen aus der GVS beziehen können.

Es ist wäre höchste Zeit, praktische und realitätsnahe Modelle zu diskutieren.



Wobei das nur in manchen Bundesländern möglich ist, in anderen werden sie – egal ob selbsterhaltungsfähig oder nicht – aus dem GVS System entlassen, wobei sie auch keinen Anspruch auf Sozialhilfe haben.

Asylwerber\*innen haben nach Aufhebung des restriktiven „Bartenstein-Erlasses“ zwar drei Monate nach Einbringung eines Asylantrags Zugang zum Arbeitsmarkt, aber auch für sie muss ein\*e potentielle\*r Arbeitgeber\*in eine Beschäftigungsbewilligung (BB) beim AMS einreichen, wobei (anders als bei jenen mit Vertriebenenstatus) erst im Zuge eines „Ersatzkräfteverfahrens“ geprüft wird, ob nicht ein\*e Österreicher\*in oder andere Person mit Arbeitsberechtigung, den Arbeitsplatz ausfüllen könnte.

Der Arbeitsmarktzugang, ermöglicht einerseits einen ersten Schritt in ein selbstbestimmtes Leben und finanzielle Unabhängigkeit. Allerdings wird der Übergang von Grundversorgung zu einem selbstständigen Leben den Betroffenen nicht leicht gemacht, gelten doch meist sehr enge Grenzen, wie viel (dazu) verdient werden darf, ohne, dass man\* die Grundversorgung ganz oder zumindest teilweise verliert. Im Zusammenhang mit den ukrainischen Vertriebenen werden diese „Frei-

betragsgrenzen“ bei Arbeitstätigkeit gerade heftig diskutiert.

Grundsätzlich gilt, dass bei Arbeitseinkommen in der Grundversorgung ein Freibetrag von € 110,- und für jedes weitere Familienmitglied € 80,- ohne Probleme dazuverdient werden kann. Der Freibetrag wird vom Einkommen abgezogen und der Restbetrag mit der GVS gegengerechnet bzw. angerechnet. Je nach Höhe des Einkommens entstehen kleinere oder größere Rückforderungen oder Sperrungen der GVS-Leistungen.

### **Organisierte Unterbringung vs Arbeitsmarktzugang**

Insbesondere Subsidiär Schutzberechtigte (aber auch Asylberechtigte) die nach einem langen Asylverfahren einen Status erhalten und mehr oder weniger lange in einer organisierten Einrichtung gelebt haben bzw. leben, brauchen nach Statuszuerkennung Unterstützung um überhaupt, mittel- bis langfristig selbstständig leben und aus der organisierten Einrichtung ausziehen zu können. Es lässt sich nicht sofort und gleich ein passender Job und eine Wohnung finden, das braucht Zeit. Oft einmal ist der Job zuerst da und noch kein Wohnraum, manchmal ist es aber auch umge-

kehrt. In einigen Fällen werden die Betroffenen aus der Grundversorgung gedrängt und landen in prekären Mietverhältnissen auf einem kriminell ausbeuterischen Wohnungsmarkt.

Ansparmodelle, Übergangsfristen oder höhere Freibeträge würden praktikable Lösungsmöglichkeiten bieten, die den Personen auch Möglichkeiten schaffen, aus dem organisierten Quartier auszuziehen, ohne sich zu verschulden oder sich in prekäre Zwangslagen zu manövrieren. Es muss das grundsätzliche Ziel sein, die Menschen mit dem Erhalt des Aufenthaltstitels – ohne zusätzliche existenzielle Hürden – in die Selbstständigkeit zu entlassen. Für den Übergang könnte das GVS-System weiter zur Seite stehen und (Teil)Leistungen bis zur Selbsterhaltungsfähigkeit anbieten. Noch bleiben viele Fragen offen: Ab wann ist „Selbsterhaltungsfähigkeit“ gegeben? Und wer definiert diese? Reicht schon die Zuerkennung eines Status' mit vollem Zugang zum Arbeitsmarkt? Oder erst eine fixe Jobzusage oder braucht es noch mehr Unterstützung auf dem Weg, bis man\* tatsächlich auf eigenen Beinen steht?

Das GVS-System selbst bietet diesbezüglich noch keine Lösungen wie z.B. Ansparmodelle oder Übergangsfristen bei Arbeitsaufnahme, die die Verselbstständigung von Menschen unterstützen würden. Erst recht nicht jene, die in organisierten Quartieren leben mussten. Mit derartigen alternativen Modellen wäre es jedoch möglich, Arbeitseinkommen und Grundversorgung parallel zu beziehen, ohne dass der Verlust des Wohnplatzes oder hohe Rückzahlungsraten drohen. Ein Teil des Einkommens würde zweckgebunden<sup>3</sup> angespart, z.B. für Kautions-, die erste Miete oder Möbel.

Im Betreuungsbereich tätige NGOs haben in der Vergangenheit immer wieder auf das Fehlen solcher Modelle hingewie-

sen – leider ohne Erfolg. Stattdessen werden alle Beteiligten seit Jahren durch ein hoch bürokratisches, unflexibles System daran gehindert, sinnvolle Änderungen im GVS zu entwickeln. Es ist wäre höchste Zeit, praktische und realitätsnahe Modelle zu diskutieren, die geflüchteten Menschen nach Zuerkennung eines Schutzstatus' in Österreich, eine von ihnen zunehmend geforderte Integration auch zu ermöglichen.

### **Exkurs Niederösterreich (NÖ)**

Schutzsuchende, die in NÖ die in einem organisierten Quartier wohnen, werden, sobald sie subsidiären Schutz oder eine Aufenthaltsberechtigung mit Arbeitsmarktzugang (AB+) zuerkannt bekommen, aus der GVS entlassen bzw. aufgefordert, das Quartier zu verlassen und sich privat eine Bleibe zu suchen. Begründet wird diese Vorgehensweise damit, dass nun, da ein Aufenthaltstitel mit Arbeitsmarktzugang gegeben sei, die Personen aktiviert werden sollen, sich Job und Wohnung zu suchen. Tatsächlich wird jeder Platz in organisierten Wohneinrichtungen gebraucht. Jene, die bereits privat mit einem Mietvertrag gewohnt haben, können in der GVS-NÖ verbleiben. Die Frist für subsidiär Schutzberechtigte beträgt um die vier Monate. Der Druck ist enorm, da Subsidiär Schutzberechtigte in NÖ keinen Anspruch auf Sozialhilfe haben. Sie verlieren mit der GVS neben der Krankenversicherung auch alle finanziellen Unterstützungsleistungen. Für Menschen mit Bleiberecht (AB+) beträgt die Frist gar nur 12 Tage. Unter diesem großen Druck, Wohnraum und Arbeit finden zu müssen, führt oft zu hohen Schulden für Kautions-, Provision und den Ankauf von Möbeln. Die Zuerkennung eines Aufenthaltstitels mit Arbeitsmarktzugang bedeutet unter diesen Bedingungen nicht, dass Menschen selbsterhaltungsfä-

<sup>3</sup> Vgl. dazu ‚Ansparmodell Subsidiär Schutzberechtigte‘ erarbeitet im Rahmen einer AG im Dachverband Wr. Sozialeinrichtungen

4 <https://www.tralalobe.at/projekte/18plus-wohngemeinschaften>

hig sind. Ein häufiger Effekt ist die sofortige Übersiedlung der Schutz- bzw. Aufenthaltsberechtigten nach Wien.

Dass es aber auch anders geht, zeigt ein aktuelles Projekt in Niederösterreich. Der Verein tralalobe initiierte für junge Erwachsene, die als Fluchtweisen nach Österreich gekommen waren und erst nach längerer Zeit im Asylverfahren einen Aufent-

haltstitel erhalten hatten, das *18+ Lehrlings- und Ausbildungsprojekt*.<sup>4</sup> Die Jugendlichen können ihre Lehre oder Ausbildung abschließen und auch als Volljährige werden sie mobil (in der GVS) bis zum Ende ihrer Ausbildung/Lehre unterstützt. Das Ziel des Projektes ist die Unterstützung bei der Selbstständigkeit in dieser Übergangszeit bis zur Selbsterhaltungsfähigkeit. Letztlich

## Unterschied – Vertriebenen Status vs. Subsidiär Schutzberechtigte

Leistung	SubSchutzberechtigte	Ukrainische Vertriebene	Anmerkungen
<b>Krankenversicherung</b>	Ja & e-card	Ja & e-card Ersatzbeleg	
<b>Hilfsbedürftigkeit</b>	Ja	Nicht in der klassischen Definition der HB: - Autobesitz - Ersparnisse	<b>Noch vieles unklar</b> wie mit Vermögen, Auto- besitz umgegangen wird
<b>Privates Wohnen</b>	Ja In Wien & Tirol: Anspruch auf Ausgleichszulage vom Sozialamt, in allen anderen Bundesländern nicht	Ja	
<b>Organisiertes Wohnen</b>	Ja	Ja	
<b>Arbeitsmarktzugang</b>	Ja	Ja vereinfachtes Verfahren für Beschäftigungsbew., es erfolgt kein Ersatzkräfteverfahren; Saisoniers und Erntearbeit außerhalb der Kontingente möglich)	
<b>Freibetrag Arbeitseinkommen</b>	Ja € 110,-	Ja € 110,-	Plus € 80,- für jedes weitere Familienmitglied
<b>Schulpflicht (9 Jahre) &amp; verpflichtendes KiGa-Jahr</b>	Ja	Ja	
<b>Deutschkurse</b>	In der GVS von Alpha bis B1 Niveau	Eigentlich Deutschkurse über ÖIF und Unterstützung Arbeitsmarkt über AMS	
<b>Familienbeihilfe</b>	Bei Arbeitstätigkeit ja	ja	
<b>Kinderbetreuungsgeld</b>	Bei Arbeitstätigkeit ja (Anrechnung auf GVS)	ja (Anrechnung auf Grundversorgung)	

verlassen die Jugendlichen die betreuten Wohngemeinschaften als selbsterhaltungsfähige junge Fachkräfte mit Arbeitsplatz. Das Projekt ist ein Erfolgsmodell und zeigt, wie wichtig organisierte Übergangsphasen im betreuten Wohnen für (junge) Menschen mit Arbeitsmarktzugang sind.

### Ziel Vereinheitlichung gescheitert

Die erhoffte bundesweite Vereinheitlichung<sup>5</sup> - wie sie 2004 in der 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern definiert wurde, ist nicht durchgängig gelungen. Vielmehr gibt es in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Vorgehensweisen, sowohl beim Umfang der Leistungen im organisierten Betreuungsbereich als auch bei der Höhe der ausbezahlten Gelder für privat Wohnende. Ähnlich variabel zwischen Boden- und Neusiedlersee sind grundsätzliche Fragen, wie z.B. ob und wie es möglich ist, privat zu wohnen, oder, unter welchen Bedingungen welche Kosten im Rahmen von Deutschkursen übernommen wer-

den und so manches Andere mehr.

NGOs und Expert\*innen kritisierten und kritisieren immer wieder die unterschiedliche Praxis der Grundversorgung in den Bundesländern und plädieren für eine Vereinheitlichung im Sinne einer Verbesserung des Systems.

### ... und jetzt die Vertriebenen

In das seit Jahren unflexible bestehende System für Personen mit Arbeitsmarktzugang in der GVS wurde jetzt eine weitere Gruppe, nämlich die der Ukrainer\*innen mit Vertriebenen Status, als Zielgruppe der GVS aufgenommen. Auch diese Gruppe hat – ähnlich den Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten – Unterstützungsbedarf auf ihrem Weg in die Verselbstständigung. Einige von ihnen haben Studienabschlüsse, mehrjährige Berufserfahrung und manche sprechen Deutsch oder sehr gut Englisch und möchten gerne rasch zu arbeiten beginnen. Aber Ukrainer\*innen, die GVS Leistungen beziehen, müssen doppelt überlegen, ob sie ein

**5** Als Ziel in der 15a Vereinbarung wurde unter anderem definiert: (1) Ziel der Vereinbarung ist die bundesweite Vereinheitlichung der Gewährleistung der vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde, die im Bundesgebiet sind, im Rahmen der bestehenden verfassungsrechtlichen Kompetenzbereiche. Die Grundversorgung soll bundesweit einheitlich sein, partnerschaftlich durchgeführt werden, eine regionale Überbelastung vermeiden und Rechtssicherheit für die betroffenen Fremden schaffen (vgl. <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20003460> )

### Leistungen der Grundversorgung

- Organisierte Unterbringung: Unterkunft & Verpflegung (Selbst-, Teil- oder Vollversorgung) im betreuten Wohnen und Auszahlung von Taschengeld / Freizeitgeld je nach Versorgungsform und Bundesland
- Privates Wohnen: Auszahlung von Verpflegungs- und Mietgeld im Rahmen der GVS
- Krankenversicherung
- Bekleidungshilfe (€ 150,-/Jahr)
- Schulbedarf für Schüler\*innen (€ 200,-/Jahr) bis zum Ende der Schulpflicht und verpflichtendes Kindergartenjahr
- Information, Beratung & Betreuung (in Wien: Beratungsstellen; Bundesländer: mobile Betreuung)
- Übernahme der Fahrtkosten bei behördlichen Ladungen & Überstellungen
- Übernahme der Kosten für Bildungsleistungen
- Übernahme der Kosten für medizinische Heilbehelfe (Brillen, Zahnersatz, ... )
- Überstellung von Leichnamen / Begräbniskosten
- Übernahme der Kosten im Rahmen eines Pflegeplatzes (maximal € 2.480,-)

Jobangebot annehmen. Das starre System der Grundversorgung ermöglicht keine Übergangsfristen oder Ansparmodelle. Aktuell wird es an der Gruppe der Ukrainer\*innen mit Vertriebenen Status sehr anschaulich, wie ein Versorgungssystem auch hinderlich sein kann. Konkret sind hier die verfehlten Freibetragsgrenzen gemeint, die fehlenden Übergangsfristen bei Arbeitsaufnahme im Rahmen von Ansparmodellen und die Möglichkeit oder Strapaz, aus dem GVS-System rauszukommen.

Für Ukrainer\*innen mit Vertriebenen Status ist die GVS eine hilfreiche Möglichkeit anzukommen und zur Ruhe zu finden. Die Menschen brauchen dringend Wohnraum und oft auch psychosoziale Unterstützung, um sich in Österreich zurechtzufinden. Nach einem weiteren Schritt ist der Besuch von Deutschkursen oder/und eine Arbeitsaufnahme möglich. Leider stehen die Menschen vor denselben Herausforderungen wie andere in der GVS, nachdem ihnen der Arbeitsmarktzugang bescheinigt wurde. Entscheidungsträger\*innen im Rahmen des GVS Systems haben aus den letzten Jahren nichts gelernt. Auch für die Gruppe mit Vertriebenen Status braucht es sinnvolle Lösungen und Unterstützung beim Ankommen in Österreich und der Integration in den Arbeitsmarkt. Eine Langzeitversorgung im starren System der GVS ist nicht sinnvoll. Und es sollte in einer Art Stufenmodell Übergangsmöglichkeiten in das Sozialhilfesystem geben, wie es bspw. die Diakonie vorgeschlagen hat.<sup>6</sup>

Aktuell bestünde neuerlich die Chance, etwas Sinnvolles, Praktisches und an den Bedürfnissen der Menschen mit Aufenthaltstitel und Arbeitsmarktzugang Orientiertes zu entwickeln, das alle anderen der Zielgruppe der GVS nicht außer Acht lässt. Das System der GVS muss endlich reformiert und an aktuelle Herausforderungen

angepasst werden. Betroffene sollten in diesen Prozess einbezogen und ihre Meinung gehört werden.

Die Erhöhung der Tagsätze für organisierte Quartiere im Rahmen der GVS, wie jüngst im Ministerrat beschlossen, war längst überfällig. Aber ein paar Euro mehr sind längst nicht genug. Es gibt massiven Reformbedarf. Das Finanzierungsmodell über Tagsätze ist zu hinterfragen. Es braucht kostendeckende Finanzierungsmodelle wie Eckkostenabrechnungen für Organisationen, die im Rahmen der Betreuung von Schutzsuchenden tätig sind, und adäquate finanzielle Leistungen für jene, die privat wohnen. Eine jährliche Valorisierung wurde bisher nicht umgesetzt, ist aber unumgänglich. Kein anderer Dienstleistungsbereich läuft ohne jährliche Valorisierung. Darüber hinaus müssten auch jene Kostensätze angepasst werden, die seit Einführung der GVS im Jahr 2004 gleich hoch geblieben sind, wie Taschengeld, Freizeitgeld, Bekleidungsgeld, Schulgeld etc.

Es wäre jetzt die Chance gegeben, die Grundversorgung sowohl finanziell als auch inhaltlich neu aufzustellen, aus den letzten 18 Jahren zu lernen und sich gemeinsam für eine realitätsnahe, adäquate, qualitätsvolle und an den Bedürfnissen von Schutzsuchenden orientierte Versorgung und Betreuung einzusetzen. Dies bedeutet eben auch, die Menschen dabei zu unterstützen, soweit möglich selbstbestimmt und unabhängig leben zu können und für beide Seiten des Systems sinnvolle Vorgehensweisen und Lösungen zu schaffen.

<sup>6</sup> <https://www.diakonie.at/file/download/33226/file/5-punkte-plan-zur-aufnahme-und-integration-fuer-%2520vertriebene.pdf>

# Kurzmeldungen



## Griechenland:

### Brutale Push-Backs

(Aegean Boat Report) In den letzten drei Jahren wurden, nach Angaben der NGO *Aegean Boat Report (ABR)* 38.000 Menschen in 1.500 Fällen von griechischen Behörden in die Ägäis zurückgedrängt, trotz der zunehmenden Beweise gegen sie bestritten der griechische Premierminister Kyriakos Mitsotakis weiterhin die Beteiligung Griechenlands an diesen Menschenrechtsverletzungen. Beweise wurden und werden von UN-Gremien, NGOs und Journalisten gesammelt. Mitsotakis behauptet trotzdem, dass Griechenland die Grundrechte uneingeschränkt respektiere und diese Anschuldigungen von der Türkei inszeniert würden.

Bisher wurden in der Ägäis fast 800 Rettungsinseln, die über 13.000 Männer, Frauen und Kinder transportierten, von der türkischen Küstenwache aufgegriffen. Schutz-

suchende werden von den griechischen Behörden auf diese manövrierunfähigen Plattformen gezwungen und von den Inseln in die Nähe türkischer Gewässer geschleppt. ABR veröffentlichte nun ein 90-minütiges Video mit Material von solchen Fällen.

### Italien: Fluchtweise gewinnt vor dem EGMR

(ANSA) Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat Italien wegen der „unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung“ eines jungen gambischen Schutzsuchenden verurteilt, der von den Behörden als Erwachsener behandelt und über vier Monate in einer Unterkunft für Erwachsene untergebracht wurde, obwohl er ihnen mitgeteilt hatte, dass er minderjährig sei.

Der EGMR entschied, dass der italienische Staat dem Minderjährigen insgesamt 7.500 Euro für im-

materielle Schäden und weitere 4.000 Euro für die entstandenen Rechtskosten erstatten muss. Der Fluchtweise aus Gambia war am 29. Juni 2016 im Alter von 17 Jahren nach Sizilien gekommen. Zunächst wurde er in einem Zentrum für unbegleitete Minderjährige untergebracht, aber drei Monate später in eine Unterkunft für Erwachsene in der Stadt Cona in der Region Venetien in Norditalien verlegt. Gleichzeitig erhielt er eine Krankenversicherungskarte, auf der als Geburtsdatum der 22. Februar 1999 verzeichnet war. Einen Monat später führte ein ortsansässiger Arzt auf Ersuchen der Präfektur eine Altersfeststellung durch und kam auf Grund von Handwurzelröntgen auf ein Alter von 18 Jahren.

Der Kläger gab an, dass er vor der körperlichen Untersuchung nicht um Zustimmung gebeten worden sei und dass er nie eine Kopie des medizinischen Berichts er-

halten habe. Auf Grund des Ergebnisses der Altersfeststellung konnte er keinen Asylantrag stellen und wurde über vier Monate in einer überfüllten Unterkunft für Erwachsene untergebracht. Der EGMR befand, das sei ein Verstoß gegen Art. 3 EMRK (Verbot unmenschlicher und erniedrigender Behandlung) und eine Verletzung von Art. 13 (das Recht auf ein faires Verfahren).

### **Ukraine-Flüchtlinge: Roma systematisch diskriminiert**

(CNN) Roma-Flüchtlinge aus der Ukraine werden regelmäßig beschuldigt, keine Ukrainer zu sein. Sie werden in minderwertigen Unterkünften abgesondert. Laut mehreren NGOs erhalten viele irreführende Informationen über ihre Rechte; und Probleme, die für andere, die aus der Ukraine geflohen sind, leicht zu lösen sind – wie fehlende Passstempel – werden oft als Begründung dafür verwendet, sie abzulehnen.

Berichte von Menschenrechtsgruppen aus Tschechien, Polen, der Slowakei und Ungarn deuten darauf hin, dass eine solche Diskriminierung in Osteuropa weit verbreitet ist.

Es werden Fälle geschildert, bei denen geflüchteten Roma bei der Ausgabe von Mahlzeiten weggeschickt wurden (Rumänien) oder ihnen Hilfsgüter verweigert, weil sie „Roma und keine Flüchtlinge“ seien (Moldawien).

### **Ungarn/Serbien: Massive Gewalt**

(MSF) Zeugenaussagen und medizinische Daten von Patienten, die von *Ärztin ohne Grenzen (MSF)* behandelt wurden, weisen darauf hin, dass an

der Grenze zwischen Serbien und Ungarn massive Gewalt gegen Schutzsuchende verübt wird. Menschen haben Schläge mit Gürteln und Schlagstöcken, Tritte und verschiedene Formen der Demütigung sowie den Einsatz von Pfefferspray und Tränengas als häufige Abschreckungspraktiken gemeldet. „Die körperlichen Verletzungen, die wir in medizinischen Konsultationen behandeln, stimmen mit den Aussagen von Patienten überein, die gewalttätige Schläge durch die ungarische Polizei vor Push-Backs nach Serbien beschreiben“, berichtet MSF-Ärztin Andjela Marcetic. Seit Januar 2021 wurden 423 Patienten mit Verletzungen infolge von gewalttätigen Zwischenfällen an der ungarisch-serbischen Grenze behandelt. „Diese Berichte zeigen, dass Mitgliedsstaaten der Europäischen Union weiterhin absichtlich Gewalt und schädliche [Taktiken] anwenden, um Menschen davon abzuhalten, in der Europäischen Union Asyl zu suchen“, sagte Shahbaz Israr Khan, MSF-Einsatzleiter für den nördlichen Balkan. „Sie investieren in rasiermesserscharfe Zäune und Drohnen und ignorieren das beunruhigende und beispiellose Ausmaß der Gewalt an den Grenzen. Diese Praktiken verursachen nicht nur ernsthafte körperliche und psychische Schäden, sondern treiben die Menschen auch dazu, gefährlichere Wege zu gehen.“

### **Frontex: Mit Drohnen gegen Flüchtlinge**

(Human Rights Watch) 32.450 Menschen wurden 2021 von Libyschen

Streitkräften im Mittelmeer aufgegriffen. Trotz überwältigender Beweise für Folter und Ausbeutung dieser Schutzsuchenden in Libyen – laut den Vereinten Nationen: Verbrechen gegen die Menschlichkeit – hat die Europäische Union in den letzten Jahren die Bemühungen der libyschen Streitkräfte unterstützt, die Boote abzufangen. Libyen hat seine eigenen Schiffe zurückgezogen und ein Netzwerk von Luftfahrzeugen aufgebaut, das von privaten Unternehmen betrieben wird. Seit Mai 2021 setzt die EU-Grenzschutzagentur Frontex eine Drohne von Malta aus ein und ihre Flugmuster zeigen die entscheidende Rolle, die sie bei der Erkennung von Booten in der Nähe der libyschen Küste spielt. Frontex gibt die Informationen der Drohne an Küstenbehörden, einschließlich Libyen, weiter. Frontex behauptet, dass die Überwachung der Rettung dienen soll. Human Rights Watch und Border Forensics, eine gemeinnützige Organisation, die innovative visuelle und räumliche Analysen zur Untersuchung von Grenzgewalt einsetzt, untersuchen, wie die Verlagerung von See auf Luftüberwachung zum Kreislauf extremer Misshandlungen in Libyen beiträgt. Die mangelnde Transparenz von Frontex lässt viele Fragen zu ihrer Rolle unbeantwortet.

### **Zentralafrikanische Republik: Repatriierung**

Bereits ungefähr 300 Geflüchtete verließen im Rahmen des sogenannten freiwilligen Repatriierungsprozesses Kamerun, um in ihr Her-

kunftsland, die Zentralafrikanische Republik (ZAR) zurückzukehren. Am Ende dieses Prozesses, der von Juni bis September läuft, sollen 2.500 Geflüchtete in die ZAR zurückgekehrt sein, sagt Kameruns Minister für Territoriale Administration, Paul Atanga Nji, der den Repatriierungsprozess offiziell eingeleitet hat. Zwei Gruppen mit jeweils 150 Leuten wurden mit Bussen zurück in die ZAR gebracht. In Kamerun waren ca. 300.000 Geflüchtete aus der ZAR fast sieben Jahre von der Regierung unterstützt worden. Die Abreise sei freiwillig und stehe unter maximalen Sicherheitsmaßnahmen, so Nji. Diejenigen, die wissen, dass ihr Herkunftsort nicht sicher ist, würden nicht zurückkehren, fügte Olivier G. Beer, Repräsentant des UNHCR hinzu. Diese Repatriierungsprozesse hatten begonnen, nachdem 2019 eine Vereinbarung von der kamerunischen Regierung, von der Zentralafrikanischen Republik und UNHCR unterschrieben worden war. Seit dem Putsch der Séléka, einer Koalition verschiedener Rebellen Gruppen muslimischer Minderheiten, gegen den damaligen Präsidenten François Bozizé im Jahr 2013 hat fast die Hälfte der Bevölkerung aufgrund politischer und konfessioneller Verfolgung das Land verlassen und ist abhängig von humanitärer Unterstützung, so die UNO.

Nachdem ihnen aus der Hauptstadt der ZAR versprochen wurde, dass in ihren Städten und Dörfern wieder Frieden herrsche, haben Hunderte der 300.000 Geflüchteten in Kamerun eingewilligt, zurückzu-

kehren. Laut einem der Beamten der ZAR, welche die Geflüchteten an der Grenze in Empfang nehmen, werden diese sozial und ökonomisch re-integriert und ihre Sicherheit gewährleistet. Militär auf beiden Seiten der Grenze würde die Geflüchteten bei ihrer Rückkehr schützen. Es gäbe jedoch u.a. immer noch Probleme von Seiten einiger Rebellen aus der ZAR, die in Kamerun Vorräte plündern und Leute für Lösegeld entführen. Obwohl laut offiziellen Angaben bereits 2.500 Menschen ihre Rückkehr zugesichert haben, zeigen sich die meisten anderen sehr zögerlich. Die Mehrheit hat einer freiwilligen Rückkehr nicht zugestimmt, da die Sicherheitssituation in der ZAR immer noch instabil ist.

### **Thailand: 59 Rohingya von Insel gerettet**

Thailändische Behörden haben 59 Rohingya, die versucht hatten, nach Malaysia zu kommen, von einer Insel im südlichen Thailand gerettet. Eine Einheit des *Tarutao Nationalparks* hat die Gruppe der aus Myanmar Geflüchteten auf einem Strand der Insel Dong, nahe der malaysischen Grenze, entdeckt. Daraufhin wurde die thailändische Marine benachrichtigt, welche die Gruppe nach mehreren Tagen ohne Nahrung und Wasser von der Insel rettete. Die Rohingya, eine muslimische Minderheit, werden im mehrheitlich buddhistischen Myanmar verfolgt. Die 2017 von den Militärs begonnene militärische Bekämpfung der Rohingya-Minderheit hat laut Vereinten Nationen Aus-

maße eines Genozids angenommen. Auf ihrer Flucht wurden jene 59 Menschen, darunter 31 Männer, 23 Frauen und fünf Kinder, von Schmugglern auf der Insel zurückgelassen. Der Bootsführer hatte ihnen gesagt, dass sie in Malaysia angekommen seien und sie auf dieser unbewohnten Insel abgesetzt. Einer der Geflüchteten erzählte dem Fernsehsender Thairath, dass sie von der Küste Bangladeschs aufbrachen, wohin sie 2017 nach der militärischen Verfolgung in Myanmar geflohen waren. Zwei andere Schiffe, die etwa 120 Menschen transportierten, wurden von der Ankunft in Malaysia abgehalten. Das führte dazu, dass das dritte Schiff die Operation abbrach und die Flüchtenden auf der Insel abgesetzt wurden. Thailand versorgte die Geflüchteten mit humanitärer Unterstützung und hält sie nun fest, um sie weiter zu befragen und ihre illegale Einreise nach Thailand strafrechtlich zu verfolgen.

Ende Mai starben 14 Menschen und über 50 verschwanden, als ein Schiff mit Rohingyas an Bord im Golf von Bengalen sank. Die diesjährigen hohen Zahlen an Grenzüberquerungen erinnern an die große Fluchtbewegung 2015. Damals trieben mehrere Boote mit hunderten Rohingyas wochenlang am Meer, da Thailand, Malaysia und Indonesien sich weigerten, sie auf ihren Küsten landen zu lassen.

# Bücher



## KIND ist KIND

*Dazwischen: Wir* ist der zweite Band einer fortlaufenden Geschichte über Madina – eine Erzählung, die das Mädchen in ihrem Tagebuch festhält. Madina – mittlerweile eine Jugendliche – war als Kinderflüchtling gemeinsam mit ihrer Familie nach Österreich gekommen und startete hier ihr Leben neu.

Auch wenn das Buch bereits der zweite Teil von Madinas Geschichte ist und ich als Leserin den ersten Teil nicht kannte, war es kein Problem der Geschichte zu folgen. Im Gegenteil: Der Roman machte mich neugierig auf den ersten Teil – ich möchte nun wissen, wie Madinas Ankunft in Österreich verlaufen war.

Die Erzählung startet damit, dass Madina bleiben darf: das Asylverfahren ist abgeschlossen und die Familie hat ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht. Trotzdem gibt es viele Probleme. Madinas Vater war zurück ins Herkunftsland gegangen und hatte Madina, ihren kleinen Bruder, der in den Kindergarten geht, die Mutter und die Tante zurück in Österreich gelassen. Madinas Mutter spricht kaum Deutsch und Madina muss viele Elternaufgaben übernehmen, wie etwa im Kindergarten dolmetschen. Diese Art der Parentifizierung kennen viele Kinderflüchtlinge in Österreich – wie wir, die *asylkoordination* gemeinsam mit UNICEF bereits 2019 in einer Studie dokumentierten. Im Alltag bleibt oft nicht viel Zeit zum Kind bzw. Jugendliche sein und doch ist Madina eine Jugendliche mit zum Beispiel Liebesproblemen, Konflikten mit der besten Freundin oder Schwierigkeiten in der Schule.

Madina und ihrer Familie plagt die Sorge um den Vater und die restliche zurückgelassene Familie im Herkunftsland und sie sind mit dem zunehmenden Rassismus im Wohnort konfrontiert. Madina wird von Rechtsextremen angegriffen. Regelmäßig finden rassistische Kundgebungen im Wohnort von Madina statt, sodass sie sich nicht mehr alleine durch den Ort gehen

traut. Madinas kleiner Bruder verliert seinen besten Freund im Kindergarten, weil dessen Mutter den Umgang verbietet – die beiden Buben müssen sich heimlich treffen. Die Anfeindungen gegenüber Madina und ihrer Familie werden mehr, allerdings finden sich auch Unterstützer\*innen, die gemeinsam mit Madina gegen die rechtsradikalen Gruppierungen vorgehen. Madina wohnt mittlerweile mit ihrer Familie bei ihrer besten Freundin im Haus, die Mutter ihrer Freundin ist ein Anker für Madinas Mutter, was auch Madina mit der Zeit mehr Freiräume lässt.

*Dazwischen: Wir* ist ein kurzweiliges Jugendbuch (auch für erwachsene Leser\*innen), das eindrucksvoll die Schwierigkeiten von Kinderflüchtlingen in Österreich zeigt – Kinder und Jugendliche, die zwischen dem eigenen Jugendlichsein und der auferlegten Erwachsenenrolle ihr Leben meistern müssen, ein Leben, dem viele zusätzliche Steine in den Weg gelegt werden.

LW

Jula Rabinowich: *Dazwischen: Wir*. München 2022, Carl Hanser Verlag. 255 Seiten, € 17,50 (E-Book € 12,99)



**Spätfolgen rassistischer Politik**

Die „Schwarzenbach-Initiative“ war 1970 wohl die erste offen rassistische, plebiszitäre Aktion in einem europäischen Land. Diese von der *Nationalen Aktion* in der gesamten Schweiz lancierte Volksabstimmungs-Initiative zielte auf die Reduktion des „Ausländeranteils“ in der Eidgenossenschaft auf 10%. Genannt wurde diese „Initiative gegen Überfremdung“, nach dem besonders aktiven rassistischen Verleger James Schwarzenbach.

Die langfristige Wirkung – bezeichnet als „Schwarzenbach-Effekt“ – untersuchten Geschichtsstudierende der Universität Bern im Zuge einer Oral-History Studie auf zwei Ebenen: Für viele Betroffenen wirkte sowohl die mit der Volksabstimmung verbundene rassistische Propaganda als die bedrohliche Angst im Fall eines „positiven“ Ausgangs traumatisierend. Zivilgesellschaftlich kann dadurch aber auch der Beginn eines deutlichen – oft bis heute andauernden – politi-

schen Engagements für die Rechte von Migrant\*innen festgemacht werden.

Neun der – sehr gut lesbar – aufgearbeiteten Interviews/Porträts stehen im Mittelpunkt des Buches. Der Anspruch der Studierenden und der herausgebenden Dozentin für Migrationsgeschichte, Francesca Falk, migrantische Erfahrungen sichtbar zu machen, wird voll erfüllt.

Die Erzählenden, 1970 zwischen sieben und 26 Jahre alt, machen nicht nur deutlich, wie sie den Angriff auf ihre Existenz in der Schweiz erlebt haben, sondern machen auch die Lebensumstände migrantischer Arbeitskräfte (meist aus Italien) in der Schweiz der 1960er Jahre fassbar.

Als Motto des Buches könnte ein Satz aus dem Beitrag der serbisch-schweizer Schriftstellerin Melinda Nadj Abonji stehen: „der Blick der Geschichte zeigt, wie gegenwärtig die Strukturen der Ausgrenzung und Herabwürdigung sind – und der Blick zurück ist ein Ausblick in die Zukunft, dass es noch viel zu erzählen und genügend Gründe gibt zu kämpfen, statt zu applaudieren.“

HL

Francesca Falk (Hg.): Der Schwarzenbach Effekt. Wenn Abstimmungen Menschen traumatisieren und politisieren. Zürich 2022, Limmat Verlag. 124 Seiten. € 29,90.



**Kompetenzzuwachs statt Sicherheitspolitik**

Aus seiner langjährigen Erfahrung im Bereich der politischen Bildung in der BRD und im vereinigten Deutschland, liefert der Direktor der katholischen Akademie für politisch und soziale Bildung der Diözese Mainz kritische Überlegungen zu staatlichen Extremismuspräventionsprogrammen.

Politische Bildung werde, so Widmaier, als „erzieherischer Verfassungsschutz“ oder „Feuerwehr gegen Extremismus“ instrumentalisiert. Die enormen Mittel, die in diesem Feld von staatlicher Seite ausgeschüttet werden, verhindern eine kritische Diskussion in der Zivilgesellschaft. Dies will der Autor zumindest zum Teil nachholen. Er beginnt mit einem historischen Abriss der politischen Bildung zwischen sicherheitspolitischer Ausrichtung und kritischer Pädagogik. Schon Begriffe wie „Demokratieförderung“, „Demokratie leben“ oder „Demokratieförderge-

setz“ machen deutlich, dass es hier um völlig andere Diskurse geht als in Österreich, wo die Begriffe „Extremismusprävention“ und „Demokratie“ selten zusammengehen. Widmaier geht es in seinem Plädoyer um eine politische Bildung, die auf Kompetenzzuwachs und Subjektbildung abzielt und nicht nur kritiklos staatlich verordnete Konzepte einer „wehrhaften Demokratie“ vermittelt.

HL

Benedikt Widmaier: Extremismuspräventive Demokratieförderung. Eine kritische Intervention. Frankfurt/Main 2022, Wochenschau Verlag. 72 Seiten, € 10,20.



### Leben in Afghanistan

Der junge Hazara, aufgewachsen im „Nachbarland“, holt hier nach, woran die Schweizer Asylbehörden „nicht wirklich interessiert waren“. Er erzählt seine Geschichte - „Unter einer Bedingung: bitte kein Mitleid! Mitleid macht Menschen klein. Ich möchte einfach Erfahrungen, die ich in meinem Leben gemacht habe, mitteilen. Nichts weiter.“

Und er ist ein exzellenter Erzähler (Katharina Morello hat seine mündliche Erzählung mit viel Gefühl übertragen), wobei er sich auf seine Kindheit und Jugend im „Nachbarland“ konzentriert. Er will den Namen nicht nennen, um keine Vorurteile zu schüren. Das Leben nach der Flucht in einem Verschlag am Straßenrand, harte Arbeit seit frühesten Kindertagen, als Blumenverkäufer, Fabrikarbeiter, am Bauernhof und am Bau. Ein Leben immer am Rande des Absturzes, diskriminiert, ausgebeutet und von der Abschiebung nach Afghanistan

bedroht. Hazara erlebt aber auch den Zusammenhalt der Familie, Solidarität und erfährt immer wieder Unterstützung von Menschen, die von seinem Drang zu lernen und seinen Weg trotz allen Widrigkeiten zu machen, beeindruckt sind. Und da ist Leyla, die er seit frühester Kindheit kennt und lieben lernt ...

Die Umstände der Flucht und seine Ankunft in der Schweiz werden nur gestreift. Zwischen Heldegengeschichte und therapeutischer Biografie-Arbeit changierend, immer spannend zu lesen, gibt *Wolf werden* einen tiefen Einblick in die Lebenswelt Afghanischer Geflüchteter im „Nachbarland“.

HL

Katharina Morello: Wolf werden. Eine afghanische Lebensgeschichte. Zürich 2022, Limmat Verlag. 208 Seiten, € 29,90.

## IMPRESSUM

### Herausgeber und Medieninhaber:

*asylkoordination österreich*

A-1070 Wien, Burggasse 81/7, Tel: +43 1 532 12 91

E-Mail: [langthaler@asyl.at](mailto:langthaler@asyl.at), Web: [www.asyl.at](http://www.asyl.at)

**Konto:** IBAN AT08 1400 0018 1066 5749, BIC BAWAATWW

**Abopreis:** (mind. vier Ausgaben pro Jahr) € 20,-

**Redaktion:** Herbert Langthaler

**Offenlegung:** Medieninhaber: *asylkoordination österreich*

**Blattlinie:** Informationen der Mitglieder und UnterstützerInnen der *asylkoordination österreich* über die Vereinsarbeit, Fragen der österreichischen und internationalen Asyl- und Migrationspolitik, über Ursachen und Auswirkungen weltweiter Migrationsbewegungen.

**Autor\*innen:** Alexander Behr, Doro Blancke, Isabella Chen, Nina Horaczek, Daniela Krois, Herbert Langthaler, Monika Mokre, Naomi Ossai, Sonja Sorko, Lisa Wolfsegger

**Fotos:** Alexander Behr, Sergei Grits/AP/picturedesk.com, Marton Monus REUTERS/picturedesk.com, Thomas Peschat, Mafalda Rakoš, Czarek Sokolowski/AP/picturedesk.com

**Lektorat:** Klaus Hofstätter, Verena Hrdlicka

**Grafik:** Almut Rink für 

**Herstellung:** Resch KEG, 1150 Wien

# 5. Lebenslauf

CHARITY-LAUF  
FÜR EINE OFFENE  
FLÜCHTLINGSPOLITIK



**JETZT  
ANMELDEN!**

25. September 2022  
Kurpark Oberlaa  
1100 Wien

Info und Anmeldung  
[www.lebens-lauf.at](http://www.lebens-lauf.at)

- Ich möchte Mitglied der *asylkoordination österreich* werden.
  - Fördermitgliedschaft € 50,- / Jahr
  - Verein, Initiative € 365,- / Jahr
- Ich möchte die Zeitschrift *asyl aktuell* für € 20,- / Jahr abonnieren.
- Ich möchte ehrenamtlich in der *asylkoordination* oder in einem ihrer Mitgliedsvereine MITARBEITEN.



Name .....

Organisation, Initiative .....

Anschrift.....

Telefon/Fax.....

Unterschrift ..... Datum .....

**asylkoordination  
österreich  
Burggasse 81/7  
A-1070 Wien**